

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkältigen Volkes

Schonmentspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierzehnmalig 18.—Mt., für einen Monat 6.—Mt., Bestellgeld vierzehnmalig 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Bürohöflichkeit** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13698. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4598

Interatenpreise: Die 7 geplante Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mt., bei Blattvordruck 2.30 Mt.; Familiennotizen, die 7 geplante Zeile 1.70 Mt., Nellame-Kolonelzeile 7.50 Mt. — Telefon für die Interaten-Abteilung 2721
Schluß der Interaten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Werden sie es wagen?

Auf dem Wege zur Hungerkatastrophe.

Die Ernährungslage wird immer bedrohlicher. Die Brotversorgung, die der leidseitige Ernährungsminister Herren jüngst im Hauptausschuß des Reichstages als ernst, aber nicht hoffnungslos bezeichnete, ist geradezu katastrophal. Eine offizielle Mitteilung zeigt, daß an eine Erhöhung der Brotration überhaupt nicht zu denken ist. Statt 1½ Millionen Tonnen Auslandsgetreide, die nach Hermes nötig wären, wird Deutschland 3 Millionen Tonnen einführen müssen. Das bedeutet eine Aussparung von 15 Millionen Mark, für die das Reich keine Mittel hat.

Noch schlimmer fällt es die grauenhafte Tatsache ist, daß der Plan, durch den der Minister gegen die Ernährung den Schaden zu reparieren gedenkt. Er will nach dieser Meldung den Vorschlag machen, den Umlauf des ganzen Auslandsgetreides in monopolistischen freizugeben, weil der Handel am besten imstande sei, das von den Landwirten zuvergessene Getreide auf den Markt zu bringen. Dieser Plan ist ebenso wahnsinnig wie verbrecherisch. Ledermann weiß, daß das Getreide dann von den Händlern in Preise zu unsinniger Höhe hinausgetrieben würde, daß die Besitzenden sich am Marktpreis von Mehl anlegen würden, daß die ärmere Bevölkerung geradezu dem Hungertode ausgeliefert würde.

Über die unersättlichen Magier fordern bekanntlich unbesinnlich um die Not des Volkes auch die Freiheit des Getreides, und was Nördle beschließt, das führt Hermes gehorlam aus. Ob aber die bürgerlichen Parteien es wirklich wagen werden, diese Katastrophenpolitik mitzumachen? Sie sollen sich ernstlich überlegen, ob sie die Verantwortung für die entsetzlichen Folgen einer solchen Ausnahrungspolitik gegen das Proletariat, gegen alle, die von ihrer Hände- und ihrer Geistesarbeit leben, tragen wollen! Auf ihr Haupt läuft das volle Maß der schwersten Schuld!

Die Erfüllung des Kohlenabkommens durch Transportschwierigkeiten gesährdet.

Berlin, 27. November. (W. L. B.) In der Ablieferung bei Wiedergutmachungskohle sind in der letzten Zeit Schwierigkeiten eingetreten, weil der Rheinwasserstand auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Maß zurückgegangen ist. Die Gefahr ist in greifbare Nähe gerückt, daß die Versandungen nach dem Obersee ganz eingestellt werden müssen. Schon jetzt sind einige Oberseehäfen ganz ausgeschaltet, andere in ihren Leistungen außerordentlich gesunken. Um die drohende Folge der Nichterfüllung des Spa-Abkommens abzuwenden, mußten die bisher auf dem Wasser liegenden Wiedergutmachungstransporte zu einem großen Teil auf die Eisenbahn umgesetzt werden. Empfindlicher Wagenmangel und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schäden sind die Folge. Süddeutschlands Kohlenversorgung wird nur noch unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten. Die deutschen Bemühungen, trotz allem die Ententeforderungen zu befriedigen, stößen dabei auf die weitere Schwierigkeit, daß die belgischen und französischen Bahnen zur Abnahme der erhöhten Bahnfrachten gar nicht in der Lage sind. Alle Vorstellungen bei der Entente, dadurch die Erfüllung des Spa-Abkommens zu ermöglichen, daß die Wiedergutmachungskohle, wie der Friedensvertrag es vorsieht, zum Teil auch über deutsche Seehäfen geliefert werden darf, waren bis jetzt erfolglos. Auch die Bemühungen, für die Bahntransporte nach Frankreich ausreichende Mengen französischen Wagenmaterials zu erhalten, hatten nur einen ganz unbedeutenden Erfolg. Die langen Wege, die deutsche, mit Kohle beladene Wagen in Frankreich und Belgien zurückzulegen müssen und auch nicht annähernd ausgleichen durch Zurverfügungstellung einer entsprechenden Zahl fremder Wagen. Bei dieser Sachlage wäre es möglich, daß am Monatsende die zwei Millionen-Tonnenlieferung mit einem Fehlbetrag abschließt.

Lösungsbestrebungen in Karpathen-Rußland.

P. Brag, 29. November. Laut einer Agramer Meldung der Prager Tabelle organisiert sich in Debrecz ein Detachement, das nach dem Beispiel d'Annunzios und Zeltowicke eine Expedition in Karpathen-Rußland durchzuführen beabsichtigt. In vielen armen Städten Karpathen-Rußlands werden Unruhen vorbereitet, welche die Invasion erleichtern sollen. Die Aktion wird mit Unterstützung polnischer und ungarischer Militärdetachete durchgeführt und soll die Lösung der Karpaten von Rußland ermöglichen.

Belgisches Kriegsmaterial für Polen.

Berlin, 29. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Berichterstatter des Lokalangebers meldet aus Brüssel: Die belgische Regierung hat mit Polen einen Lieferungsvertrag abgeschlossen, demzufolge Belgien bedeutende Mengen an Kriegsmaterial nach Polen abgibt, das ohne Schwierigkeiten nach Polen transportiert werden könne, da der Kriegszustand zwischen Polen und Rußland bestanden ist.

Der Bürgerrat als Spiegelzentrale und Pulseorganisator.

In Elberfeld hat das Organ unserer Partei, die Tabelle, eine große Spiegelzentrale aufgebaut. Der Elberfelder Bürgerrat steht in engster Verbindung mit der Orgel, der Walter-Kamarilla in Münster und den reaktionären Offizieren der Reichswehr und der Sipo. Für sein Blatt, den Bürgerwart, hat er einen Aquisiteur engagiert, der auch gegen gute Bezahlung Spieldienste zu leisten beauftragt wurde. Er erhält einen Anweisung als Kriminalwachtmeister der Sicherheitspolizei (!), durch einen zweiten Ausweis wurde er vor Verhaftungen geschützt (!), wenn er bei Einbrüchen (!) im Interesse des Bürgerrats erwisch werden sollte. Er erhält nämlich u. a. den Auftrag, die Papiere seines Logiswirts, eines Syndikalisten, zu entwenden. Angeblich fahndete der Bürgerrat nach schwarzen Listern der Kommunisten. Er beschäftigte insgesamt 150 Agenten, davon 50 bis 60 in Elberfeld-Barmen. Von diesen sind 15 bis 20 Angestellte der Sicherheitspolizei. Eine Gesellschaft, auf der zumeist bekannte Arbeitsschreiber stehen, ist für den kommenden Rechtsputz aufgestellt.

Der Chefsagent des Bürgerrats heißt Jung; er ist in der R. A. P. D. organisiert, gehörte aber auch der U. S. P. an und hatte die Aufgabe zu erfüllen, bei der Spaltung der Partei kräftig mitzuwirken.

Der Bürgerrat hat auch seinerzeit den Putz in Düsseldorf organisiert. Der Spiegel Tasse, Mitglied der R. A. P. D., bekam dafür vom Bürgerrat 2500 Mt. Auch der Vorstand der R. A. P. Stendebach, stand im Dienste des Bürgerrats und unterhielt außerdem Beziehungen zur Orgel. Vor kurzem ist er geflüchtet und aus der R. A. P. D. ausgeschlossen worden. Die Spiegel erhielten außer festem Gehalt noch Spesen, so daß sich ihre Gesamtbezüge auf etwa 3000 Mt. im Monat belaufen.

Das ist ein Bürgerrat. Aber sie sind alle gleich. Der Berliner Bürgerrat ist mindestens ebenso „flüchtig“ wie sein Elberfelder Kollege.

Der Berliner Bürgerrat hat, wie jetzt im Prinz-Prozeß festgestellt worden ist, unter dem Siegel der Verschwiegenseitigkeit der Berliner Kommandantur große Geldsummen zur Verfügung gestellt. Diese Summe sind anscheinend die Summen entnommen, die für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgelobt wurden. Der Berliner Bürgerrat hat aber nicht nur Gelder für Mordzwecke gegeben, er hat auch durch Flugblätter zum mindesten indirekt zur „Unschädlichmachung“ Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs aufgerufen. Derartige Flugblätter sind in den Dezember- und Januartagen massenhaft in allen Straßen Berlins verteilt worden. Die Freiheit erinnert daran, daß sie am Montag, dem 30. Dezember 1919, über ein solches Machwerk berichtet hat. Es hieß darin u. a.: „Wollt ihr Freiheit, dann macht die bewaffneten Tagediebe Liebknechts unschädlich. Und wenn ihr einig seid, reicht die ganze Gesellschaft aus!“ Dieses Flugblatt trug bezeichnender Weise keine Unterschrift und keine Datumsstempel. Die Freiheit hat damals festgestellt, und zwar in der obskuren Druckerei, wo das Machwerk hergestellt wurde, selbst, daß der Bürgerrat Groß-Berlins der Auftraggeber war.

Das sind zwei Bürgerräte, aber diesen beiden werden die anderen in den verschiedenen Städten des Reiches, wird der in Leipzig gleichen, wie ein faules Ei dem anderen. Wonach man die sauberer Versicherungen dieser verkrachten Kapitäne beurteilen mag, daß sie nicht zum Bürgerkrieg heben!

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 28. November. Der Londoner Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, daß gestern über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. Um den Ungelegenheiten zu entgehen, die die Zurechnung von vielen außerhalb des Volksabstimmungsbezirks Wohnenden am Tage der Volksabstimmung haben könnte, seien zwei Vorschläge gemacht worden. Nach dem einen sollten die außerhalb des Abstimmungsbezirks Wohnenden nicht an dem gleichen Tag wie die Bevölkerung von Oberschlesien abstimmen. Nach dem anderen Vorschlag sollen die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden auch außerhalb des Abstimmungsbezirks, aber in der Beziehungszone, etwa in Köln, abstimmen. Zu dieser Lösung bemerkt der Berichterstatter der Agence Havas, sie stelle die Freiheit des Abstimmungsrechts und gleichzeitig die Autonomie der Ordnung sicher. Es sei beschlossen worden, den letzten Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Werde er abgelehnt, so werde man die andere Lösung zur Anwendung bringen.

Kattowitz, 27. November. Der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Uhrensfeld hat an die interalliierte Kommission in Oppeln den Antrag gerichtet, den polnischen Abstimmungskommissar Wojski Kostkaus aus dem Abstimmungsgebiet auszuweisen.

Teuerungsunruhen in Madrid.

T. Valencia, 29. November. Aus Madrid wird gemeldet: Infanterie von Valencia und der einzigen Teuerung ist es hier zu Unruhen gekommen. Die Polizei schreit ein, wobei zahlreiche Personen verwundet und verhaftet wurden.

Rheinische Stahlwerke.

B. A. Die guten Ergebnisse des Geschäftsjahres 1919, die in fast allen Industrien zu verzeichnen sind und in einem krassen Gegensatz zu der Verfestigung der Arbeiterschaft und dem heftigen Widerstand gegen jede Lohnauflösung stehen, werden in den letzten Wochen ergänzt durch eine Reihe neuer Abschlüsse der Montanindustrie, die in den letzten Jahren kaum fassbare Gewinne zu verzeichnen hat. Aus der Fülle der glänzenden Bilanzen, die in rascher Abfolge publiziert werden sind, wollen wir heute nur eine einzelne herausgreifen, um an ihr die Entwicklung innerhalb der Schwerindustrie einmal kurz zu beleuchten. Es handelt sich bei diesem typischen Beispiel um die Gewinn- und Verlustrechnung und den bilanzmäßigen Abschluß der Rheinischen Stahlwerke Duisburg.

Die Rheinischen Stahlwerke, deren beabsichtigte engeren Verbindung mit dem großen Montanwerk Phönix vor kurzer Zeit die Oeffentlichkeit beschäftigte, haben seit dem Jahre 1914 verschiedene Erhöhungen des Aktienkapitals vorgenommen. Von 16 Millionen 1914 ging man 1915 auf 48, 1916 auf 60 und 1918 auf 65 Millionen Mark hinauf. Es hat also, gemessen an der Entwicklung des Geldes und den dadurch eingetreteten Erfordernissen an erhöhtem Betriebskapital, keine sehr beträchtliche Vermehrung des Aktienkapitals stattgefunden. Dagegen hat der Betriebsgewinn folgende Entwicklung inzwischen durchgemacht: Im ersten Kriegsjahr belief er sich auf den verhältnismäßig bescheidenen Betrag von fast 7 Millionen Mark, es wurde eine Dividende von 8 v. H. vereinbart. Die gute Konjunktur der Durchhaltejahre bewirkte, daß 1915/16 bereits eine Erhöhung des Betriebsgewinns auf über 12 Millionen und eine Steigerung der Dividende auf 10 Prozent eingetreten war. Die Jahre des Hindenburg-Programms 1916/18 brachten je etwa 20 Millionen Mark Überschuss und eine Ausschüttung von 12½ v. H. Beträchtliche Summen wurden für Abschreibungen zurückgestellt, ganz abgesehen von den bereits vorher geschaffenen stillen Reserven. Das Revolutionsjahr 1918/19 brachte auch bei den Rheinischen Stahlwerken einen bedeutenden Rückgang, der Betriebsgewinn sank auf etwa acht Millionen, blieb also selbst in dieser Periode schwerster Erschütterung aller wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse noch über dem Stand von 1914, wobei allerdings zu bemerken ist, daß die Veränderung des Geldwertes in einem gewissen Umfang Verstärkung verdient.

Sinkende Produktion, Streiks, Verkehrshemmungen, Störungen der Erzeugung, Verkürzung der Arbeitsleistung sind nach dem Geschäftsbericht der Stahlwerke das Kennzeichen des Jahres 1919/20 gewesen, und wer sollte nicht angesichts einer derartigen Situation eine scharfe Senkung der Gewinnziffer, ein Verlustergebnis von katastrophalem Ausmaß erwarten? Aber weit gefehlt. Wie Hohn und Spott klingen die vorhergehenden Worte, wenn man sich vor Augen führt, daß trotz dieser Zerrüttung der Produktion ein Betriebsgewinn von nicht weniger als 50 Millionen Mark ausgewiesen wird, das sind 80 vom Hundert des gesamten, in den Betrieben arbeitenden Aktienkapitals. Betrachtet man sich aber die einzelnen Angaben etwas näher, dann wird es ohne weiteres klar, daß auf jeden Fall bei der Bewertung der Warenbestände, Rohstoffe, Anlagen usw. eine so weitgehende Vorsicht gewahrt hat, daß man gewiß nicht fehl geht in der Annahme, in Wirklichkeit ist der Betriebsgewinn noch viel größer gewesen, als es selbst nach diesen gewaltigen Bilanzjüssen den Anschein hat.

Um einen Vergleich über die produktive Leistung des Werkes zu geben, aus der sich erst die volle Bedeutung dieser Rekordgewinnziffern ermessen läßt, wolle ich darauf hin, daß im Jahre 1913/14 fast 650 000 Tonnen Roheisen erzeugt wurden, im Jahre 1918/19 jedoch nur 350 000 Tonnen. Die Röhrenherstellung ist von annähernd 700 000 Tonnen auf 466 000 zurückgegangen. Es hat also eine Verminderung der Eisenproduktion auf etwa 60 Prozent der Friedenserzeugung stattgefunden, während der Betriebsgewinn auf das um 10 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital um nicht weniger als 750 Prozent gestiegen ist. Wer angesichts dieser Ziffern noch etwas von einem Ausgleich durch die eingetretene Geldentwertung zu hoffen wagt, soll sich einmal vor Augen führen, was es heißt, daß ein Großunternehmen, dessen Erzeugung unter lauter Faktoren schwerwiegendster Art, wie es selbst ausdrücklich mitteilt, gelitten hat, eine Gewinnsteigerung derartigen Ausmaßes verzeichnen kann!

Wenn man den Ursachen dieser riesigen Gewinne nachspürt, dann ist es ohne weiteres klar, daß sie in den ständigen Preiserhöhungen zu suchen sind, die von dem Selbstverwaltungsrat der Eisenindustrie und seinem Nachfolger, dem Eisenwirtschaftsbüro, unter Billigung der Regierung vorgenommen worden sind. Trotz eindringlichster Warnungen, die nicht nur von der sozialistischen Presse, sondern

auch von einer Reihe bürgerlicher Organe fortgesetzt gegenüber dieser Preispolitik erhoben wurden, hat sich die Regierung Bauer-Schmidt immer wieder von den Berechnungen der Eisenmagnaten täuschen und sich einreden lassen, daß die steigenden Löhne und Lohnkosten derartige Preisaufschläge rechtfertigten. Letzter muß gesagt werden, daß die Arbeitervertreter in diesen arbeitsteiligen einflussreichen Organisationen selbst für diese Preissteigerungen mit eingetreten sind, weil sie sich von dem Gedanken der Solidarität mit den kapitalistischen Unternehmern ihrer Industrie leiten ließen, anstatt sich konsequent und klar auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen und die Interessen der Allgemeinheit unbedingt um alle Drohungen und Bedrohungen des Kapitals zu vertreten.

So kam es, daß die Eisenpreise und die Notierungen für Halbzeug und alle Erzeugnisse der Schwerindustrie derart stürmisch in die Höhe gingen, daß die gesamte Wirtschaft in einen dauernden Unruhezustand versetzt und die Senkung des Geldwertes gefordert wurde. An der Entwicklung der Reichsmark hat die deutsche Montanindustrie und ihre rücksichtslos durchgefahrene Preispolitik einen gemessenen Anteil und es muß immer wieder darauf verwiesen werden, wie hier ohne Bedenken jedes nationale Wirtschaftsinteresse preisgegeben wurde um der Steigerung der eigenen Profite und der eigenen politischen und ökonomischen Macht willen. Die Erhöhung der Eisenpreise vom Juli 1914 bis zum April 1920 hat im Durchschnitt nicht weniger als 2000 bis 4000 Prozent betragen, hämaliert ist z. B. in dieser Zeit von 77.500 Mt. auf 2388 Mt., Stahlisen von 86 auf 2660 Mt. gestiegen. Aus diesen massiven Preissteigerungen haben sich die Riesengewinne ergeben, mit denen die Werke jetzt aufwarten, die sie befähigen, in größtem Umfang andre Unternehmen aufzukaufen und mit dem eigenen Interessenkonzern zu verbinden.

Aus der Not des gesamten Volkes, aus dem Mangel an Gütern sind die Profite entstanden, die Woche für Woche in allen Zeitungen veröffentlicht werden. Solange der Welt an den Produktionsmitteln Vorrecht einer kleinen, mächtigen Klasse innerhalb der Gesellschaft bleibt, kann an den Ursachen und Wirkungen dieses kapitalistischen Systems keine grundlegende Aenderung vorgenommen werden. Nur der entschlossene Kampf des gesamten Proletariats um die Erreichung der politischen Macht und die Durchführung der Sozialisierung kann uns aus diesen Verhältnissen herausführen. Das kann, um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, der Schlüsselindustrie unserer Wirtschaft, kann uns dem eifreien Ziele um einen gewaltigen Schritt näher bringen, und es ist daher dringend notwendig, daß die Energie der arbeitenden Klasse für diesen Kampf voll eingesetzt wird.

Das Ende der Streitdebatte im Reichstag.

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.)

Bei der Rede des Neu-Kommunisten Malzahn in der heutigen Fortsetzung der Interpellationsdebatte über den Berliner Elektrizitätsstreit zeigte sich, wie ungünstig die gesamte politische Position einer Partei durch die Maßnahmen putschistischer Elemente und unverantwortlicher Streitmacher wird. Malzahn versuchte in längeren Ausführungen den Streit zu rechtseitigen. Aber als er selber das Gefühl hatte, daß ihm die Rechtfertigung nicht gelang, verließ er sich zu dem Satz, daß die Neu-Kommunisten stets alle Streiks, von welcher Seite sie immer kommen würden und alle Maßnahmen der Arbeiterschaft, wie immer sie aussehen werden, rücksichtslos und brutal unterstützen und vertreten würden. Dafür also wird die Politik der Kommunisten und Neu-Kommunisten treiben.

Mit der Rede des Neu-Kommunisten war die erste Rednerreihe beendet. Da die Deutschnationalen glaubten, nicht daran verzichten zu können, einen zweiten Redner in dem sogenannten Arbeitssekretär Lambach vorzuhaben, der nicht das geringste Nein zu sagen wußte, dagegen in seiner Rede von Neuem bewies, wieviel Mut die Reaktion nach diesem misslungenen Streit gehabt hat, so waren auch unsere Genossen genötigt, noch einen Redner vorzuhaben. Der Genosse Moses entledigte sich in vorzüglicher Weise der Aufgabe, nachzuweisen, daß die Phrase von der sozialen Versöhnung, mit der man die gegenwärtigen Kämpfe zu unterbinden versucht, nichts anderes als eine schwere Heuchelei sei. Er wies darauf hin, wie man diese soziale Versöhnung bestrebe, indem man die ungeheuerlichsten Lügen über die Folgen des Streiks verbreite. Er machte kein Hehl daraus, daß unsere Partei den Streik verurteilte, aber noch schärfer verurteilte sie das Verhalten der bürgerlichen Presse, die von Hunderten von sterbenden Säuglingen spricht, während nachgewiesen ist, daß nicht ein einziger Säugling infolge des Streiks zugrunde gegangen ist und daß auch für die Kranken in den Krankenhäusern sich keine irgendwie ernsthaften Nachfälle aus dem Streik ergeben haben. Da auch der Minister Koch die Behauptung aufgestellt hatte, daß durch den Streik in einem Krankenhaus Todesfälle eingetreten seien, so forderte Genosse Moses den Minister mit erhobener Stimme auf, den Beweis für seine Behauptung anzutreten. Der Minister, der nicht im Hause war, wurde durch den Reichskommissar für öffentliche Ordnung, Oberst Günther, vertreten. Aber auch dieser fand seltsamer Weise nicht den Mut, zu befreuen, daß die Behauptung des Ministers eine leichtfertige gewesen sei und daß er den Beweis dafür nicht erbringen könne.

Die unerträgliche Streitdebatte, die während ihres ganzen Verlaufs die Stärkung der Reaktion als die Folge unbefriedigter politischer Experimente der äußersten Linken gezeigt hatte, nahm damit ihr Ende. Da nur noch wenige Abgeordnete im Hause waren, verschob der Präsident die Abstimmung auf Dienstag.

Das Ultimatum Sinojews an die französischen Sozialisten.

Der Populaire vom 18. November brachte aus dem Briefe Sinojews „An die französischen Arbeiter“, der von charakteristischer Brutalität ist, und den man bisher den Franzosen vorenthalten, unter anderm folgende Stelle:

„Der Sozialist, der sich heute gegen die I. Internationale entscheiden wird, wird morgen gezwungen sein, gegen Sowjetrußland zu marschieren. Das hat das Beispiel der deutschen Unabhängigkeit gezeigt. Unsre französischen Genossen müssen jetzt die Gruppe Longuet an die Mauer stellen und sie zwingen, sich auszusprechen, ob sie in Frankreich dasselbe wie Hitlerding, Krispen und Pittmann in Deutschland tun wollen, ob sie sich der Entscheidung der Mehrheit nicht unterwerfen und eine neue Partei gründen wollen,

Man muß Longuet und seinen Anhängern die Pistole auf die Brust legen und eine Antwort auf die Forderung verlangen, und nur, wenn sie erklärt haben, daß sie die Thesen und Bedingungen der kommunistischen Internationale annehmen und gewissenhaft ausführen wollen, soll die endgültige Entscheidung getroffen werden.“

Darauf äußert das Blatt einen Brief Rossards an Longuet, worin dieser in wohliger, aber allzu oberflächlicher Weise Longuet schwere Bedenken gegen diese brutale „zurückhaltende“ Art der Verhandlungen niederzuschlagen versucht. Longuet antwortet ihm:

„Unser Genosse Rossard ist sehr geistreich, aber mir vergibt das Völkeln. Weil es mir genügt, die Augen zu öffnen, die Trümmer zu sehen, die schon im ganzen sozialistischen Europa diese Methode aufgerichtet hat, eine Methode, von der Sinojewa Pistole nur ein Symbol ist.“

Es genügt mir z. B. die bellagenerweise Lage des revolutionären Sozialismus in Deutschland nach dem Kongress in Hall zu beobachten, an die Wahlen in Sachsen zu denken, wo wir, drei Monate nach dem glänzenden Sieg der Unabhängigen, der Verstörung ihrer Partei zwischen müssten, mit dem Verluste von beinahe der Hälfte ihrer Stimmen, — die übrigens im Verhältnis von 80 Prozent bei der sogenannten „Rechten“ verblieben sind, — wo die Mehrheitssozialisten Tausende von Stimmen zuverloren gewannen.“

Das alles zeigt mir, daß die Pistole Sinojews nicht leer (wie Rossard meint), sondern scharf geladen ist. Mit jedem Schuß fällt er ein gut Teil mehr von der sozialistischen Macht in Europa nieder.

Genosse Longuet sieht hier die Folgen des Moskauer Verbrechens zu schwarz — von einer Verstärkung der USP. ist nicht die Rede und ebenso trifft das vermehrte Wachstum der Rechtssozialisten nicht zu — aber seine Schlüsse sind deswegen nicht weniger richtig. Red. d. L. B.

Nochmals Orgesch und sächsische Regierung.

Die sächsische Regierung schweigt auf meine Anfrage, wie sie zur Orgesch steht und was sie auf die Behauptungen der Leipziger Ordensblätter anjagt hat, daß ihr Vertreter in der Dresdner Sicherheits-Versammlung in dieser Hinsicht bedenkliche Ausführungen getan hat. Wir haben inzwischen aus den Dresden Nachrichten festgestellt, daß dieser Regierungsvorsteher der befannige Albertus Robert Albert gewesen ist, der seit Langem seine einzige Aufgabe in der Bekämpfung der sozialistischen Linke gesehen hat und dessen Wünsche sicherlich in der Richtung gehen, wie sie die Ordnungspolizei aus seinen Worten herausgelesen hat. Albert ist einer der Täler in jener Richtung der Rechtssozialisten, die auf den Anschluß noch rechte hinarbeiten und der ein Zusammenarbeiten mit der Unabhängigen Sozialdemokratie in den Tod verhakt ist. Herr Albert ist deswegen durchaus zuvertrauen, daß er, wie die Dresden Nachrichten behaupten, in jener Versammlung erklärt hat, daß „bei der Regierung Verständnis für die Bestrebungen Sicherheit geschaffen worden sei“. Ubrigens hat sich das Leipziger Tageblatt in seiner Sonntagsnummer auch endlich dazu aufgerichtet, zu unseren Veröffentlichungen das Wort zu erzielen. Es behauptet, daß sein Bericht „in jeder Beziehung den Verlauf der Versammlung richtig wiedergibt“. Wir haben, wie gesagt, Anlaß genug, diese Verstärkung für richtig zu halten. Indes legen wir heute nicht mehr so großen Wert auf die Sache, da die Chemnitzer Volksstimme in ihrer Sonntagsnummer mit aller Wirklichkeitserfülltheit zu erkennen gibt, daß die Chemnitzer Richtung der Rechtssozialisten mit aller Energie einer etwaigen Aktion Dresden, rechtssozialistische Stellen, das Verhältnis zur Orgesch zu revidieren, ganz entschieden entgegentreten will. Auch die gleiche Freie Presse scheint diesen Standpunkt zu teilen, wenngleich sie sich etwa, deutlicher schon, ausdrücken könnte. Die Dresden Volkszeitung hält sich nach wie vor in hantomäßiges Schweigen. Ein Beweis, wie unangenehm der Achtung Albert die Ausdehnung der Aufführung ist.

Der Sinn der griechischen Wahlen.

Der Avanti zu Rom brachte kürzlich über dieses Thema einen Artikel, aus dem die folgenden Sätze wiedergegeben seien: „... Die gelbe italienische Presse und noch mehr die französische und englische, veröffentlichten dem Publikum täglich, daß der Kreier (Benizelos) der Held ganz Griechenlands sei; daß die Wahlen seinen Triumph belegen hätten, daß die Popularität Benizelos sich in der der Entente widergespiele, die in allen Ländern und Inseln Hellas gelebt und dorthin würde. Wie hätte es auch anders sein können, da doch die Griechen dem Benizelos das Glück und den Ruhm verdankten, die Ausdehnung des Reiches und seine Bevölkerung um die Hälfte vermehrt zu haben. Aus einem Lande dritter Ordnung hat der Diktator, wenn auch nicht eine Großmacht, so doch eine Macht von beträchtlicher territorialer und moralischer Bedeutung geschaffen; er hat das Ägäische Meer in ein griechisches verwandelt, er hat dem Griechenium Adrianopel, Thrakien und den Dodekanes und die asiatische Küste mit Smyrna zurückerobern, hat selbst Konstantinopel von allen Seiten mit griechischen Besitzungen umstellt und so seine Eroberung vorbereitet, hat fast ziellos die Idee des Großen Griechenlands verwirklicht, das Maximalprogramm des griechischen Imperialismus.“

Diesen Mann, der „so viel für sein Land getan“, hat man wie einen schlechten Diener davongejagt. Dieses Ereignis ist wieder ein Beweis des neuen Geistes, der die modernen Völker belebt.

Im Volksbewußtsein ist die ethische Bewertung ganz einfach auf den Kopf gestellt. Einmal sah es Gildsgeist und Ruhm in Gebieteeroberungen und militärischen Erfolgen, heute in der Freiheit und Arbeit. Um Griechenland große und volkstümliche Provinzen zu schaffen, mußte Benizelos jahrelang die Jugend unter Waffen halten, mußte mit griechischem Blute Mazedonien und Ägäen dingen. Und das griechische Volk fand die Eroberungen mit dem Diktator und dem Blut zu teuer erstaunt. Es zieht vor, in einem kleinen Griechenland zu leben und zu gebelchen, als auf seine elementarischen Rechte zu verzichten. Wenn es auch vor einer verbrecherischen Rasse von Rednern heimgesucht wird, die ihm den Kriegsrath der alten Eroberer in die Ohren schreien, die ihm die Schönheiten des Krieges preisen, geht sein ganzer Ehrgeiz auf Frieden.

Die zwei griechischen Parteien, die sich bei den Wahlen des 4. November um die Macht stritten, sind beide Feinde des Proletariats, und wir empfinden deshalb für beide die gleiche Abneigung. Der Minister, der Benizelos folgt, kann nichts weiter als ein Diener der hellenischen Bourgeoisie sein und wird das Werk der Bedrückung und Ausbeutung der Arbeiter fortsetzen. Ob der zukünftige Herrscher Paolo oder Giorgio heißt, wir wissen, daß die erwachenden Kräfte des Proletariats ihm die Regierung beschränken und abklären werden. Aber das kann uns nicht hindern, anzuerkennen, daß der Geschätzte von heute den Willen der Griechen vergewaltigt hat, während seine Gegner diesen respektieren, als er 1915 dem widerstrebenden Griechenland den Krieg aufwarf; der König, das Heer, das Volk wollten nicht ins Feld. Die Nachrichten, die schon seit einem Jahre von den Schlachtfeldern und aus den Hauptstädten der kriegsführenden Staaten eintrafen, zeigten, welche ungeheure Opfer an Gut und Blut die Teilnahme am Weltkrieg erforderte. Dem imperialistischen Geiste obgenötigt, wünschten die Griechen, die Neutralität zu wahren. Da ließ sich Benizelos von der Entente, der Herrin der Meere um Griechenland und insbesondere auch seiner ökonomischen Existenz, Vorsicht geben und fürigte das vorgeworfene Volk in den Abgrund des Krieges.

Zudem ließ sich Benizelos zwang, sich für sie zu schlagen, beginnend sie ein wenig schwereres Verbrechen, als das, welches sie Deutschland so oft in bezug auf Belgien vorgeworfen, weil

Deutschland nur forderte, daß Belgien seine Truppen durchziehen sollte, aber nie daran dachte, es zu zwingen, an seiner Seite zu kämpfen, während die Entente, nicht zufrieden, sich der griechischen Hafen und Gewässer als seines Eigentums zu bedienen, Griechenland auch noch zwang, für sie die Bosphen zu erobern. Selbstverständlich entzündeten sich alle „Demokratien“ der Alten und Neuen Welt über die deutsche Annahme, aber sie blieben den englisch-französischen Übergriff erlaubt. Im übrigen bestätigt die Antwort, die das Volk jetzt gegeben hat, daß es den Krieg nicht wollte, und daß es dem Manne, der ihn herbeiführte, nicht verhindern konnte. Sein Ausgang rechtfertigt nicht die Schuld, ihn dem weiteren Volke aufzuzwingen zu haben.

Die Völker der Gegenwart verdammen jede blutige Eroberung und haben, da sie im Kriege das größte Übel sehen, für die Kriegsmacher, auch wenn sie siegreich sind, nicht mehr den Vorberuf Rom's bereit, sondern das Schiedsgericht Athens.

Englands Stellung zur griechischen Frage.

Wie der Londoner Berichterstatter des Echo de Paris meldet, hat Curzon der französischen Delegation eine Note überreicht, in der die englische Auffassung der griechischen Angelegenheit und der Orientfrage dargelegt wird. Sie geht dahin, daß die Alten das Verlorene nicht wiederholen dürfen, und daß für die alliierten Mächte eine Sicherheit darin gesucht werden müsse, daß die Verlorenen, die mit der Politik Konstantins in den engsten Beziehungen gestanden hätten, wie Dusmanis, Metaxas und Papalos, von der Regierung ferngehalten würden. Außerdem sei erforderlich, daß eine finanzielle und politische Kontrolle über die griechische Regierung ausgesetzt werde. Zur Erreichung dieses Ergebnisses wolle Lord George den griechischen Ministerpräsidenten Hallias nach London kommen lassen. Das englische Memorandum soll am Montag besprochen werden. Wie der Berichterstatter des Echo de Paris erklärt, versteht es sich von selbst, daß Frankreich von vornherein seinen Widerspruch gegen Curzons Ausführungen stilegt.

Die griechische Regierung hat den Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens sowie dem Vertreter Russlands gegenüber erklärt, sie werde in ihren Beziehungen zu den Großmächten gegenüber Entente sich auf Wahrung der engen Zusammengehörigkeit, die eine Folge der gemeinsamen Interessen dieser Staaten und des arabischen Staates sei, zur Rücksicht nehmen und den Verpflichtungen vollständig nachkommen, die das vorherige Kabinett den Großmächten gegenüber übernommen habe.

An das griechische Volk hat die Regierung eine Wollust gezeigt, in der es u. a. heißtt: Durch die Wahl am 14. November hat das griechische Volk klar seinen Willen in der Dynastiefrage fundgegeben, welche von denen aufgeworfen wurde, die das Volk durch seine Stimmabstimmung zurückgewiesen. Es hat durch die Wahl aus der Regierung diejenigen ausgewählt, die dem König Konstantin kein Recht auf den griechischen Thron bestritten. Die Unstände, unter denen der König das Land verlassen mußte, machen es notwendig, auch über die Rückkehr des Königs durch einen Volksentscheid zu bestimmen. Am 5. Dezember wird das Volk in den Wahlurnen erufen, um durch geheime Abstimmung die Regierung zu beauftragen, dem König die Witte zu unterbreiten, in seinem Land zurückzukehren, und dort sein hohes Amt auszuüben. — Nach einer Havas-Meldung aus Rom wird sich König Konstantin in Venedig einschiffen, um nach Athen zu fahren, wo er am Montag erwartet wird. — Aus Smyrna wird gemeldet, daß dort britische und italienische Torpedoboote angelommen sind. Auch amerikanische und französische Kreuzerboote werden erwartet.

Der Völkerbund-Kongress.

Ges. 28. November. (Schweiz, Dep. Agentur.) Die beratende Kommission des Völkerbundsrats für die militärischen Schiffsahrs-, Schiffs- und Luftschiffsfragen hat ihre sämtlichen Unterkommissionen mit der Prüfung der Frage der Sicherung des seichten Verkehrs im Hafen von Danzig und für die Verfestigung der freien Stadt notwendigen Schritte beauftragt. Sie hat ferner eine Entschließung angenommen, durch die die Vereinigten Staaten eingeladen werden, sich offiziell an der Prüfung der Überlastung zu beteiligen. In der 1. Kommission brachte Ador (Schweiz) eine Resolution ein, die gestützt auf die Vorschläge der Brüsseler Finanzkonferenz, die Schaffung einer ständigen Wirtschafts- und Finanzkommission verlangt, deren Aufgabe u. a. die Beratung und die für 1921 in Genf vorgezogenen zweiten Finanzkonferenz wäre.

Die heilige Abrüstungsfrage.

Ges. 27. November. Die zur Erörterung der Abrüstungsfrage eingeführte Kommission nahm zwei Vorschläge an: einen von Lord Cecil, betreffend Einsetzung einer Unterkommission und Beschränkung der Beratungen auf folgende 3 Punkte: Private Herstellung von Waffen, Möglichkeit der Errichtung einer besonderen Untersuchungskommission und Schaffung einer besonderen Abrüstungskommission beim Generalsekretariat des Völkerbundes; einen zweiten Antrag von Fisher-England, der den Präsidienten Branting beauftragt, die Mitglieder der Untersuchungskommission zu erkennen. Die Kommission will ihre nächste Sitzung, die unter Ausschluß der Deutschen stattfindet, der Presse nicht räume.

Gren für die Aufnahme Deutschlands.

In einer in Liverpool gehaltenen Rede trat der vormalige Minister des Außenr. G. für die Aufnahme der vormaligen feindlichen Staaten in den Völkerbund ein. Er sagte, wenn der Völkerbund nicht die Unterstützung alter großer Mächte erhalten, so werde er nur ein Gegenbund sein und das alte System der Allianzen darstellen. Gren erklärte weiter, seiner Ansicht nach sei Deutschland viel ungesährlicher im Bund als außerhalb des Bundes. Wenn es den großen Grundzah annehme, Streitfragen mit andern Mächten bezüglich als durch Krieg, und die Verträge durchzuführen, so müsse die Tür für Deutschland geöffnet werden.

Über den allgemeinen Eindruck, den die Verhandlungen der Völkerbundtagung machen, wird aus Gren berichtet.

Immer deutlicher tritt in die Erachtung, daß die Beratungen weniger einen pazifistischen und internationalen, als einen politischen Charakter haben. Das gilt bereits bei der Behandlung der armenischen Frage, den Gegenseitigkeiten zwischen Balkans und Balkans humanitären Vorschlägen und zum Teile durch Griechenlands Schwankung aufgeworfenen Problem des Vertrages von Sevres. Ebenso wird die Debatte über die Aufnahme der Oststaaten in der fünften Kommission von der jeweiligen Außenpolitik der betreffenden Großmacht beherrscht. Die Frage der Aufnahme Österreichs wird von den Franzosen unter dem Gesichtspunkt des noch zu verhandelnden Anschlusses an Deutschland und auch von den anderen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie ebenfalls unter national-egoistischen Gesichtspunkten aufgefaßt. — Aehnliche Feststellungen sind bei anderen Verhandlungsgegenständen zu machen. Sie betrifft die Aufnahme der Russen, die vorläufig trotz der Anstrengungen einzelner Delegierter auch die Grenz-Völkerbundspolitik zum Teil Großmachtspolitik mit anderen Mitteln ist, und sie erklären auch, worum die öffentlichen Verhandlungen so unbedeutend sind.

Ein neuer Völkerbund?

London, 27. November. In einer Reuter-Meldung aus New York wird berichtet, daß Hardinge die Absicht habe, sofort nach der Erklärung des Friedenszustandes Verhandlungen über die Errichtung eines neuen Völkerbundes zu eröffnen.

Der Parleßtag der tschecho-slowakischen Sozialdemokratie.

Prag, 27. November. (WTB.) Heute wurde hier der dritte Kongreß der tschecho-slowakischen Sozialdemokratischen Partei eröffnet. Es sind nur Delegierte angelaufen, die sich ausdrücklich schriftlich gegen die Bedingungen der dritten Internationale verpflichtet haben. Unter den fremden Gästen des Kongresses sind zu nennen: Hermann Müller von Berlin, Van der Velde und Huysmans, Camp, Sekretär der Föderation der englischen Eisenbahner, sowie Vertreter der deutschen, polnischen und russischen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik, Vertreter der südslawischen sozialdemokratischen Partei, sowie Vertreter der russischen sozialrevolutionären Partei.

Die Verhandlungen wurden durch den Vorsitzenden des Vollsprechsausschusses der Partei, Anton Neugebauer, eröffnet. Als erster Redner trat der belgische Justizminister Vandervelde auf. Er rägte in seiner Begrüßungsrede, daß er mit Hermann Müller zum letzten Male in Paris zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zusammengetroffen sei. Damals sei zwischen ihm und Hermann Müller ein Abkommen gewesen. Trotzdem hätten aber die deutschen und die belgischen Sozialdemokraten die Beziehungen in hohem Maße wieder angeknüpft, da sie von dem gemeinsamen Willen, die Internationale zu erneuern und der Welt den Frieden zu geben, durchdrungen seien. Der Vertreter der Labour-Partei, Camp, der englischen Partei, erklärte, obwohl die englische Arbeiterschaft die russische Methode nicht annehme, werde sie es nicht dulden, daß sich irgend jemand in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmische. Von seinem Befall bestürzt sprach lodgan der ehemalige deutsche Reichskanzler Hermann Müller. Lebhafter und andauernder Beifall erhob sich, als Müller mit den Worten schwörte, daß die tschecho-slowakischen und die reichsdeutschen Sozialdemokraten das gemeinsame Ziel vereine, das sie Arm in Arm anstreben wollten. Nach Hermann Müller sprach dann der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik Dr. Dellek. Alsdann gab der Holländer Huysmans, Sekretär des Internationalen Arbeitsamtes, in deutscher Sprache der Meinung Ausdruck, daß sich der Sozialismus mit Terror nicht ausrüsten lasse, sondern sein Ziel nur auf der Linie ruhiger Entwicklung zu erreichen vermöge. Darauf begannen die eigentlichen Verhandlungen.

Bundesratswahlen in Österreich.

Wien, 27. November. (T.U.) Gestern fanden die Wahlen zum Bundesrat statt. Es wurden 8 Sozialdemokraten und 4 Christlichsoziale gewählt. Unter den Sozialdemokraten befindet sich auch der bisherige deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, Professor Dr. Ludo Hartmann.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Eurzton erklärte im englischen Oberhause, daß die englische Regierung dem irischen Parlament vielleicht später soziale Autonomie zuerkenne werde. — Am Eingang der Downing Street (in der die Amtswohnung Lloyd Georges liegt) wurden zum Schutz gegen etwaige Angriffe der Sinnfeiner Baracken errichtet. Die Behörden haben beschlossen, das Parlamentsgebäude für das Publikum zu sperren. — Wie versprochen, werden in Dublin zur Untersteuerung der Mitglieder des irischen republikanischen Heeres Konzentrationslager gebildet. In Dublin wurden in der vergangenen Woche 300 Personen verhaftet. Bei Birney wurden bei einem Überfall zwei Soldaten getötet und zwei Soldaten sowie ein Offizier verwundet. — In Cork wurden die ganze Nacht hindurch Explosionen, Gewehrschüsse und Revolverfeuer gehört. Mehrere Häuser in verschiedenen Teilen der Stadt, u. a. ein Plauanfertigungsbetrieb, wurden in Brand gestellt und verbrannten. Einer weiteren Meldung zufolge hat der Bürgermeister von Manchester die dort geplante Feierabendversammlung verboten, da im Zusammenhang damit Ausschreitungen befürchtet wurden. — Nach einer Hayes-Meldung aus London haben die Sinnfeiner mehrere Baumwollherbäume in Liverpool angezündet. Es kam zu Unruhen, in deren Verlauf ein Gendarm getötet wurde.

Irische Ausschreitungen in New York.

London, 27. November. Aus New York wird der Times berichtet, daß dort gestern am nationalen Gedenktage irische Ausschreitungen vorkamen. Nach einer großen Versammlung von Irlandern verlangten diese, daß die englische Flagge, die auf dem Schild des Union-Klubs wehte, herabgeholt werde. Als diesem Gründen nicht stattzutun war, zerteilte die Menge die Fensterbretter des Klubs. Ein Trupp drang in das Gebäude und holte die Flagge herab. Die Polizei verhaftete 4 Personen. New York Times schreibt, daß seit Samstag in New York nicht so ernste Ausschreitungen vorgekommen seien. Wie Neuter meldet, nahmen an den Ausschreitungen 3000 Personen teil.

Die Lage im Osten.

Neue Schwierigkeiten bei den Aligaer Verhandlungen.

Paris, 20. November. (T.U.) Wie der Temps aus Warschau erfährt, entstanden in Alia erneute Schwierigkeiten für den Abschluß des Friedens zwischen Polen und Russland. Die polnischen Vertreter reisten nach Warschau, um die Regierung zu unterrichten.

Die Niederlage der antibolschewistischen Armeen.
O. P. Warschan, 27. November. Die Zahl der ukrainischen und russischen antibolschewistischen Truppen, die die polnische Grenze übertrafen haben, hat 15.000 Mann mit 8000 Pferden erreicht. Die Armees General Vermilkin, die zur Unterstellung von den Balachowitsch-Formationen als Dritte Armees Wrangel bezeichnet wurde, ist vollständig außer Dienst gestellt. Nachdem es einem Teil der ukrainischen Armees des Generals Pawlenko gelungen war, sich mit der Armees Vermilkin zu vereinigen, hatte Vermilkin den Versuch gemacht, auf der Linie Staro-Konstantinow-Kuhel der Polen Armees standzuhalten, mußte aber schließlich seine Rettung auf polnischem Boden suchen und sich der Entwaffnung unterstellen. Die überresteten Truppen sind im Lager Starj in Ost-Galizien untergebracht.

O. P. Warschan über Helsingfors. 27. November. Die Petersburger Tageszeitung erklärt in ihrer Nummer vom 25. November die Rote der Balachowitsch-Armeen für feindlich. Das Blatt bemerkt, daß die Truppen Balachowitsch in eine Falle geraten sind.

Kein russisch-italienisches Bündnis.

Kowno, 27. November. Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Wir sind ermächtigt, die in der Presse verbreitete Nachricht über einen vermeintlichen Bündnisvertrag mit Sowjetrussland amtlich zu Abrede zu stellen. Es besteht kein Bündnisvertrag zwischen Litauen und Sowjetrussland. Auch werden keine darauf abzielenden Verhandlungen mit Sowjetrussland geführt.

Die Ministerkonferenz in London.

Paris, 28. November. Wie der Londoner Sonderberichterstatter der Agence Havas über die gesetzliche Ministerkonferenz meldet, hat man sich außer mit der Abstimmung in Oberholzhausen mit der Frage der Grenzen Palästinas und den Handelsbeziehungen mit Russland beschäftigt. Die nächste Beratung dieser Fragen wurde jedoch bis zur Ankunft des italienischen Ministers des Außen, Grafen Siorza, verschoben. Die Zwischenzeit sollten die beiderseitigen Vertreter benutzen, um zu einer Annäherung der beiderseitigen Standpunkte in der neuen Lage in Griechenland zu gelangen.

Die Alliierten und die armenische Frage.

Gens, 25. November. Der Völkerbundrat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der armenischen Frage und stellte den Text von zwei Telegrammen fest, von denen das eine an sämtliche Mitglieder des Völkerbundes, das andre an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichtet ist.

In dem an sämtliche Regierungen der dem Völkerbund angeschlossenen Staaten gerichteten Telegramm fragt der Völkerbund an, ob sie allein oder zusammen mit andern Regierungen bereit wären, in Namen des Völkerbundes die humanitäre Mission einer Friedensvermittlung zwischen Armenien und den Kemalisten zu übernehmen; damit würden kleine dauernden Verpflichtungen verbunden sein. Im Falle einer ausstehenden Antwort erachtet der Rat um möglichst rasche Mitteilung der Entscheidung, damit er in der Lage wäre, die Bezeichnung noch vor Schluss der gegenwärtigen Tagung davon Mitteilung zu machen.

In dem Telegramm an den Präsidenten der Vereinigten Staaten wird ausgesagt, daß der am Amerika gerichtete Widerstand in seiner Weise die Errichtung des Angebots der Übereinigung des Mandats über Armenien bedeute und der Völkerbundrat in seiner Weise derartige, von den Vereinigten Staaten die Eingehung irgendeiner Verpflichtungen zu verlangen, daß er aber die Wirkung sehr hoch habe, der Vereinigten Staaten die Möglichkeit zu verschaffen, eine Aufgabe von so hoher Bedeutung zu übernehmen.

Vorden, 26. November. Daily News meldet aus Gens, General Wenckebach sei angefordert worden, seine Ansicht über die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens in Armenien auszusprechen.

Für eine Revision des wirklichen Friedensvertrags.

Paris, 26. November. In der Kammer hat der aus Konstantinopel ausgeschickte Delegierte der internationalen Parlamentskommission eine sofortige Besoldigung mit der Vereinigung des Vertrages von Sevres gefordert, um sie nicht den Bolschewisten in die Arme zu treiben.

Österreichs Nahrungsmisseschwierigkeiten.

Nach einer Wiener Meldung hat das Ernährungsamt 240 Sach-Mahl beschlossen, die für die Wiener öffentliche Speisung bestimmten waren. Nunmehr droht die Einstellung der öffentlichen Speisung, falls die Befreiung nicht aufgehoben wird. An der Speisung haben im vorigen Winter 8000 Verlorenen in 28 öffentlichen Küchen teilgenommen. — Die österreichische Regierung hat sich an die deutliche mit dem Erfassen gewandte, eine Mehlausfuhr von ca. 800 Wagons bewilligen zu wollen, da die amerikanischen Mehltreträger noch nicht eingetroffen sind. Bei deren Eintreffen soll der Mehltreträger in Naturzustandsetzung werden.

Reichstag.

Berlin, 27. November.

An den Ministerbänken: Koch.

Die Debatte über den Elektroarbeiterstreit.

Die Aussprache über die deutschnationale Interpellation über den Berliner Elektroarbeiterstreit und die damit verbundenen Anträge auf Aufhebung der Streitverordnung des Reichspräsidenten wird fortgesetzt.

Abs. Albrecht (D. B.): In dem wilden Streit der Berliner Elektroarbeiter, durch den Lebensthemen schwer geschädigt wurden, hat sich weder der Magistrat noch die preußische Regierung der Aufgabe voll gewachsen gezeigt. (Beifall rechts.) Die Verordnung des Reichspräsidenten war deshalb eine Notwendigkeit und muß auch in Zukunft aufrechterhalten werden. (Beifall.)

Abs. Malzahn (Neu-Kom.): Selden ist eine Arbeiterschaft lebenswichtiger Betriebe hier so beschimpft worden, wie gerade die Elektroarbeiter. Der Redner gibt eine ausführliche Darstellung der ganzen Streitbewegung. Er weiß nach, daß die notwendige Rücksichtnahmestellung durch Abstimmung für den Streit erreicht wurde. Der Streit wurde von den Verbänden finanziert, es war also kein wilder, sondern ein Streit auf wirtschaftlicher Grundlage. Ich halte fest, daß der Anspruch des Betriebsrats stimmt, der Kampf müsse geführt werden, selbst wenn er über Leichen geht, niemals von diesem getan wurde, sondern von einem Angestellten des Transportarbeiterverbandes, aber auch nicht in der Form und Schärfe, wie von der bürgerlichen Presse dargestellt wurde. Die verlogenen bürgerlichen Blätter hoffen, daß es gelingt, genügend belastendes Material für die Beurteilung des Betriebsrats Sicht zusammenzustellen. Die Reichsregierung möge sich von diesen einleitenden Informationen nicht leiten lassen.

Der Streit war kein wilder, kein politischer, kein Kommunistisch, sondern durch die Verhältnisse ein berechtigter Kämpf. Daß die Streikenden nach der Abstimmung sofort die Arbeit niedergelassen, war einmal statutenmäßiges gutes Recht, und zum andern lag der Grund darin, daß sie anlässlich des Kapp-Putschs mit der Pistole überfallen und gezwungen wurden, den Dienst weiter zu versetzen. Bezüglich der angeblichen Sabotage möge uns die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampf eine mutigste Disziplin bewiesen, sie verdienten die Bezeichnung Avantgarde des Proletariats. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorstände in Moabit betrifft, so kann von einem Einschluß der Technischen Nothilfe — es war mehr Not als Hilfe (Heiterkeit) — nicht gesprochen werden. (Lachen.)

Wie die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampf eine mutigste Disziplin bewiesen, sie verdienten die Bezeichnung Avantgarde des Proletariats. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorstände in Moabit betrifft, so kann von einem Einschluß der Technischen Nothilfe — es war mehr Not als Hilfe (Heiterkeit) — nicht gesprochen werden. (Lachen.)

Wie die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampf eine mutigste Disziplin bewiesen, sie verdienten die Bezeichnung Avantgarde des Proletariats. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorstände in Moabit betrifft, so kann von einem Einschluß der Technischen Nothilfe — es war mehr Not als Hilfe (Heiterkeit) — nicht gesprochen werden. (Lachen.)

Wie die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampf eine mutigste Disziplin bewiesen, sie verdienten die Bezeichnung Avantgarde des Proletariats. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorstände in Moabit betrifft, so kann von einem Einschluß der Technischen Nothilfe — es war mehr Not als Hilfe (Heiterkeit) — nicht gesprochen werden. (Lachen.)

Wie die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampf eine mutigste Disziplin bewiesen, sie verdienten die Bezeichnung Avantgarde des Proletariats. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorstände in Moabit betrifft, so kann von einem Einschluß der Technischen Nothilfe — es war mehr Not als Hilfe (Heiterkeit) — nicht gesprochen werden. (Lachen.)

Wie die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampf eine mutigste Disziplin bewiesen, sie verdienten die Bezeichnung Avantgarde des Proletariats. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorstände in Moabit betrifft, so kann von einem Einschluß der Technischen Nothilfe — es war mehr Not als Hilfe (Heiterkeit) — nicht gesprochen werden. (Lachen.)

Wie die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampf eine mutigste Disziplin bewiesen, sie verdienten die Bezeichnung Avantgarde des Proletariats. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorstände in Moabit betrifft, so kann von einem Einschluß der Technischen Nothilfe — es war mehr Not als Hilfe (Heiterkeit) — nicht gesprochen werden. (Lachen.)

Wie die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampf eine mutigste Disziplin bewiesen, sie verdienten die Bezeichnung Avantgarde des Proletariats. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorstände in Moabit betrifft, so kann von einem Einschluß der Technischen Nothilfe — es war mehr Not als Hilfe (Heiterkeit) — nicht gesprochen werden. (Lachen.)

Wie die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter haben in diesem Kampf eine mutigste Disziplin bewiesen, sie verdienten die Bezeichnung Avantgarde des Proletariats. (Zustimmung links; Gelächter rechts.) Was die Vorstände in Moabit betrifft, so kann von einem Einschluß der Technischen Nothilfe — es war mehr Not als Hilfe (Heiterkeit) — nicht gesprochen werden. (Lachen.)

Den Generalsstab nicht zu fliehen. (Lebhafte Zustimmung rechts; Widerfuhr links.)

Wengand (Soz.): Die ganze Interpellation ist nur aus Agitationssünden der Rechten entstanden. (Sehr richtig!) Deshalb bedaure ich auch die Haltung des Herrn Ministers Koch, der sich sofort auf den Boden dieser Interpellation stellt. Die Verordnung war damals notwendig, heute, wo wieder Ruhe herrscht, ist sie überflüssig geworden und deshalb willens wir, daß sie gerade im Interesse der Sicherheit aufgehoben wird. (Sehr gut!) Sonst besteht immer die Gefahr, daß diese Verordnung gegen die Arbeiterschaft angewandt wird. Redner weist darauf hin, daß die Ausführungen des Abg. Malzahn und weiß darauf hin, daß die Auflösung der Arbeiterschaft und nicht die gegenseitige Verhinderung das Gebot der Stunde ist. Die äußerste Linke teilt Ihren Appell an die Gewalt mit der äußersten Rechten. (Unterfuhr links.) Die Arbeiterschaft der äußersten Linken müssen endlich einsehen, daß sie durch ihr Vorgehen nur der Reaktion in die Hände arbeiten, sie müssen einsehen, daß sie nur im Zusammenarbeiten mit den sozialistischen Gruppen etwas für das Wohl der Arbeiterschaft erreichen. (Zurufe bei den Neu-Kommunisten.) Wenn wir eure (zu den Neu-Kommunisten) Methoden annehmen würden, dann würde nur die Arbeiterschaft die Kosten zu tragen haben. (Schriflich! — Widerspruch bei den Neu-Kommunisten.) Das wissen auch die alten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und darum verteidigen Sie den Kommunisten die Gesellschaft, die diese hauptsächlich bei den ehemals Gelben und Nichtorganisierten finden. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wir verlangen von der Regierung, daß sie keine Gewaltspolitik treibt, sondern Einsicht und Verständnis für die Forderungen und Rüte der Arbeiterschaft zeigt, wie dies der Berliner Oberbürgermeister Wermuth in so hervorragendem Maße getan. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Moses (Unabh. Soz.): Die Neuordnungen des Herrn Ministers Koch waren zumindest eine Entlastung, so in ihrer Natur, ganz besonders in der Frage der Strafverfolgung gegen den Kommunisten Sylt. Redner kommt dann auf die Vorwürfe im Berliner Stadtmagistrat und die wütende Haltung gegen den Oberbürgermeister Wermuth wegen seiner Haltung zum Streik zu sprechen und bedauert, daß durch die mangelschlächtige Linke der Linksparteien Oberbürgermeister Wermuth dem Anklagen der vereinigten bürgerlichen Gegner weichen mußte. Redner bringt dann Belege über die ungünstigen Auswirkungen der bürgerlichen Presse über die durch den Streik verschaffte Stärkung der Arbeiterschaft und weiß demgegenüber auf den Berg zurück. (Zurufe bei den Arbeitern.)

Abg. Albrecht (D. B.): In dem wilden Streit der Berliner Elektroarbeiter, durch den Lebensthemen schwer geschädigt wurden, hat sich weder der Magistrat noch die preußische Regierung der Aufgabe voll gewachsen gezeigt. (Beifall rechts.) Die Verordnung des Reichspräsidenten war deshalb eine Notwendigkeit und muß auch in Zukunft aufrechterhalten werden. (Beifall.)

Abg. Malzahn (Neu-Kom.): Selden ist eine Arbeiterschaft lebenswichtiger Betriebe hier so beschimpft worden, wie gerade die Elektroarbeiter. Der Redner gibt eine ausführliche Darstellung der ganzen Streitbewegung. Er weiß nach, daß die notwendige Rücksichtnahmestellung durch Abstimmung für den Streit erreicht wurde. Der Streit wurde von den Verbänden finanziert, es war also kein wilder, sondern ein Streit auf wirtschaftlicher Grundlage. Ich halte fest, daß der Anspruch des Betriebsrats stimmt, der Kampf müsse geführt werden, selbst wenn er über Leichen geht, niemals von diesem getan wurde, sondern von einem Angestellten des Transportarbeiterverbandes, aber auch nicht in der Form und Schärfe, wie von der bürgerlichen Presse dargestellt wurde. Die verlogenen bürgerlichen Blätter hoffen, daß es gelingt, genügend belastendes Material für die Beurteilung des Betriebsrats Sicht zusammenzustellen. Die Reichsregierung möge sich von diesen einleitenden Informationen nicht leiten lassen.

Der Streit war kein wilder, kein politischer, kein Kommunistisch, sondern durch die Verhältnisse ein berechtigter Kämpf. Daß die Streikenden nach der Abstimmung sofort die Arbeit niedergelassen, war einmal statutenmäßiges gutes Recht, und zum andern lag der Grund darin, daß sie anlässlich des Kapp-Putschs mit der Pistole überfallen und gezwungen wurden, den Dienst weiter zu versetzen. Bezüglich der angeblichen Sabotage möge uns die Rechte solche Fälle nachweisen. Daß die Waffung des Betriebsrats, keine Sabotage zu über, durchgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß innerhalb vier Stunden die Kette wieder unter Dampf gesetzt und die Stromlieferung wieder beginnen konnte. Die Arbeiter

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. November.

Parteiangelegenheiten.

Oeffentliche Volksversammlung in Deutzsch.

In der heute abend 7 Uhr im Schwarzen Jäger stattfindenden öffentlichen Versammlung spricht Reichstagsabgeordneter Genosse Herm. Flechner. Dresden über die allgemeine politische Lage und die Aufgaben der USPD. Wir erwarten von der Einwohnerchaft Deutzsch, daß sie recht zahlreich die Versammlung besucht.

Der Einberufer: Rudolf Fischer.

Ortsverein Alt-Leipzig, Nordbezirk. Die für morgen angesetzte Zusammenkunft findet umständlicherweise erst nächsten Dienstag, den 7. Dezember, statt.

Thonberg-Stötteritz, Dienstag, den 20. November, Frauen-Diskussionsabend im Restaurant Stadt Hof, Ecke Sütteritzer und Hofstraße. Genosse Lehrer Bauer spricht über "Zwanzig und Freiheit" in der Erziehung.

Der Kursus Arbeiterrecht findet Mittwoch, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Kolonnade, statt.

Gruppenräte, Kartellauftakt und Abavorstände: Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 9, Stellungnahme zur Generalversammlung.

Generalversammlung aller Betriebsräte des Leipziger Wirtschaftsbezirks. Freitag, den 3. Dezember, im Volkshaus, Großer Saal. Beginn 7 Uhr abends. Tagesordnung: 1. Die Kontrolle der Produktion; 2. Ratslinien; 3. Wahl des Vorsitzenden; 4. Verschiedenes. Zutritt nur mit roter Ausweisurkarte.

Betriebsräte, Gewerkschaftsunternehmer: Mittwoch, den 8. Dezember, beginnt im Volkshaus, in der Kolonnade, der zweite Kursus Arbeiterrecht. Meldungen für diesen neuen Kursus sind bis zum 1. Dezember bei den Verbänden einzureichen. Hörer gebührt 1 Mt., Lehrer Genosse Fabianski.

Gewerkschaftskartell Leipzig.

Friedrich-Engels-Feier.

Selten, doch um so kostümlicher sind solche Stunden der Weihe, die wir dem Andenken eines großen Toten widmen. Auf rauhenden Füßen trägt uns die Kunst hoch empor aus der Milchsal des Alltags in die freie, reine Welt des Geistes, jenes Geistes, dessen ausserwähler Bahnbrecher Friedrich Engels war. Machtvoll brausend und majestätisch dahinschreitend setzte, der Größe des Augenblicks angemessen, die Orgel ein. Bachs Toccata und Fuge in D-Moll, von Herrn Otto Keller mit vollendetem Meisterhaft gespielt, entfaltete sich in heiligen Tönen. Dann Uthmann! Er durfte nicht fehlen, der erste proletarische Sänger, der den großen wissenschaftlichen Taten des Sozialismus seine künstlerische Tat anfügte. Seine Kampfsieder: Sturm und Empor zum Licht, von einem Menschen unter dem Bunde der Freiheit Michael gesungen, rissen die Zuhörerschaft unweidestlich mit fort. Durch den Mund des Herren Wilhelm Engst sprachen daraus revolutionäre Dichter wie Heine, Petöfi, Madan u. a. zu der laufenden Menge, Dichter, deren feurige Rhythmen der Sprecher mit aufwühlender Begeisterung nachschaffen verstand.

Hierauf hielt Genosse Fritz Seeger die Gedächtnisrede. Er betonte, daß die Feier mittens hineinfalle in die größten Kämpfe der Menschheit. Friedrich Engels habe neben Marx die größten Verdienste um die Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus. Er gehörte zu den bedeutendsten Geistern der ersten Hälfte des vorrömischen Jahrhunderts. Er sei ein selbstständiger und eigenartiger Denker gewesen, und es sei eine Legende, daß er nur der wissenschaftliche Mitarbeiter Marx' gewesen sei. In seiner Befreiungsherrschaft hätte er gesagt: „Ich habe immer nur die zweite Violin gespielt und war verdammt zufrieden, daß ich in Marx eine so jämmerliche erste Violin hatte.“ Wir hätten aber die Pflicht, Engels den Platz einzuräumen, den er in der Wissenschaft einnehme. Eine solche Feier sei für uns ein Tag der Entschluß, um aufs neue zu prüfen, ob wir auf der richtigen Bahn wären. Der Redner schloß die Lebensgeschichte des großen Toten; auch erörterte er kurz die Werke, die er geschaffen hat. Gerade jetzt milchten uns seine Lehren zur Richtigkeit dienen, um seine Experimente zu machen. Engels habe die Entwicklung richtig vorausgesagt. Er habe erklärt, die Rüstungen auf dem Kontinent würden zu einem Zusammenstoß führen, die zerstörenden Wirkungen würden auf die Staats-einrichtungen. Die Kronen würden auf die Straße rollen. Man müsse staunen über die Genauigkeit, mit der das vorausgesagt sei. Wenn es auch Rückschläge gebe, wenn auch die Bewegung zerstört sei, so beweise das doch keinen Rückgang oder Stillstand. Die Entwicklung würde die Arbeiter doch zusammenführen, und der Sieg müßte ihnen beschieden sein. Die Arbeiterklasse sei dazu berufen, das Werk zu vollstreuen, das Marx und Engels geschaffen hätten. Sie werde sich den Weg bahnen zu einer besseren Zukunft.

Nach dem Vortrage kam der große Künstler-Revolutionär Beethoven, dessen wir dennächst zu gedenken haben, zu Wort. Seine Kreuzigung, so genannt nach einem zeitgenössischen Wiener Violinist, von den Herren Davison und Boosey meisterhaft gespielt, ist echtester Ausdruck jener Kräfte, die damals wie heute in Kampf und Überwindung sich durch Nicht zum Nicht emportingen. Aber nicht Kampf um des Kampfes willen, so mahnt das innige Andante mit Veränderungen, sondern zum Ziel der endlichen Versöhnung in reiner Menschlichkeit. Zum Schluss der Feier hallte in riesigem Aufschwung die Internationale auf, von Chor und Orgel brausend getragen. Und als letztes klang das alte Truhen- und Kampflied der Revolution auf, die Marschallaise. Hoch über dem verdunkelten Raum der Halle mit seinen tausend und abertausend Menschen leuchtet das Bild Delacroix' auf: die Göttin der Freiheit, ihren Streitern mit blutroter Fahne voranleitend. So prägte sich allen noch einmal mit diesem Bild der Leidgedanke dieser Feier ein: nicht Totenlage um die Weltmeister vereinte Asche Friedrich Engels' sollte sie sein, vielmehr Belebtheit zum lebendigen Geiste dieses Menschen der gleich der Freiheitsgöttin auch uns vorangeht in die Zukunft!

Ly.

Der Orgelch Gegenpol.

Mit dem standrechtlichen Geschehen darf jetzt nicht mehr human verfahren werden.... Bei einem Linkspol sind die bekannten Radikalsozialisten zusammenzusagen und gelentlich starke Geschäftshandlungen auf schnelle Art zu erledigen.... Bei einem Rechtspol sind Sozialistenführer in der Wohnung zu erschlagen.... Das sind die Parolen aus dem verstaatlichen Schreiben der Münchener Orgesch. Die Arbeiter wußten es schon längst aus der schlimmen Erfahrung der Revolution, daß die Gegenrevolutionäre ihre Mörderzentralen haben, in denen die Todesurteile gegen die unbedeuten Arbeitsführer gesprochen werden, die dann gebürgerte Mörder vollstrecken.

In Leipzig fand am 16. November 1920 im Restaurant Apfelbaum in der Burgstraße eine Sitzung von Leuten statt, bei der nur Zutritt hatte, wer auf dem Boden der 3. Internationale steht. (Gemeint war, wer die Moskauer Bedingungen anerkennt.) Der Leiter der Sitzung war ein Mann Mitte der 20er Jahre, er

trug einen Spitzbart und eine auffallend große Brille. Sein besonderes Kennzeichen ist ein außergewöhnlich großes Mundwerk. Der Mann entwarf folgenden Plan: „Die Führer der Arbeiterbewegung müssen alle auf dem Boden der 3. Internationale stehen (lies: die 21 Bedingungen anerkennen). Von der Masse der organisierten Mitglieder braucht man das nicht zu verlangen, die hören wir später nach. Wer sich bei einer Aktion weigert, einen Befehl auszuführen, wird mit dem schärfsten Terror zur Ausführung des Befehls gezwungen.“ Es wurde dann von diesem Mann daraus hingewiesen, wie Lipinski, Liebmann, Seeger, Schilling, Schröder und andre Verrat an der Arbeiterschaft geübt hätten. Er sagte dann, bei einer Aktion müßten vor allen Dingen die Rechtsflüchter bestellt werden; wenn sich niemand dazu bereit finde, diese Führer zu bestillen, dann will er — der Mann mit dem Spitzbart und der großen Brille und dem großen Mund — die Bestellung selbst vornehmen.

Von 15 Personen, die an der Sitzung beteiligt waren, erklärte nur ein Mann, daß er diesen „Blödsinn“ nicht mitmache; die anderen schwiegen zu dem ungeheuerlichen Plan. Wir können nicht annehmen, daß alle 15 Personen mit diesem Schurkenplan einverstanden sind. Aber sie hätten nicht dazu schweigen dürfen, denn es handelt sich nicht um irgendwelche Leute, sondern um Personen, die in ihrer Organisation Führerposten einnahmen. Diese Leute werden also zusammengerufen, um zu beraten, wie die Führer, die ihnen unbehaglich sind, gemeuchelt werden können. Welch ein Grund von moralischer Verlumpung! Die Leute, die sich dort im Apfelbaum zusammenfinden, tragen sich also mit dem wahnwitzigen Plan, im Falle einer Aktion, die wahrscheinlich eine Abwehr der Gegenrevolution sein würde, die unabhängigen Führer und damit die Parteileitung der USP. in Leipzig zu bestillen. Der Zweck dieses Planes kann nur sein, Berührung in die Reihen der Arbeiter zu tragen und damit bei der Aktion die Teilung der Arbeiterbewegung in die Hände zu bekommen. Zur Vorbereitung dieses Planes wird jetzt systematisch darauf eingearbeitet, die Führer, die nicht die Moskauer Bedingungen anerkennen, aus der betreffenden Organisation zu bestillen; die Massen, so sagte der Leiter jener Sitzung, „holen wir später nach“.

In diesem Zusammenhang gewinnt eine Notiz des Habschischen Volksblattes vom 16. November besondere Bedeutung. Diese Notiz lautet:

„Von Sensft von Bissack bis Lipinski. Doch die Front der Kapitolstühlen und Anhänger der bürgerlichen Demokratie ist bis zur rechten Unabhängigen Partei erweitert, ist ja nicht durch Kautsch und Hilferding des öfteren hinzusehen, sondern die Arbeiter Sachsen haben es durch die Leipziger Volkszeitung und die „revolutiōnären“ Führer in Leipzig ebenfalls erfahren. Doch aber Mitglieder der Partei, Arbeiter, in die Front der Weißgarde eingeschlossen sind ist wohl die neueste Frucht der „Aufklärungsarbeit“ der Lipinskianer. Wenn man uns Kommunisten als Parteiberührer, Gewerkschaftszerstörer und wer weiß als noch was hinstellt, ist uns ja noch nichts Rücksprung einer verfallenen Partei hinreichend klar. Daß man aber Kommunisten droht, wenn es wieder mal los geht, ist zuerst vor ihre Stützen zu stellen, wenn diese Schreihäusler überhaupt welche anfangen, beweist, daß die Front der Konterrevolution von Lüdendorff bis Crispin, von Bissack bis Lipinski sich reitstet. Wir sind weit entfernt davon, auf das Geschwür eines einzelnen etwas zu geben, da aber dieses Geschwür mehrfach und auch bei maßgebenden Genossen, bei Führern oder solchen, die es sein wollen, austaut, so beweist dies, daß man sich mit dem Progröndenkern in den Reihen der Partei ernstlich beschäftigt hat. Die rotweißen Armbindenmänner sollten doch von roten Streifen von ihren Armbinden trennen, damit man auch äußerlich das Lager erkennen, in das sie von ihren Führern geschoben werden, nämlich das Lager der Konterrevolution, der Weißen Garde.“

Das ist Stimmungsmache schlimmster Art. Wir wissen nicht, ob irgend ein Parteimitglied eine solche törichte Aussetzung getan hat, aber die Partei ist natürlich nicht dafür verantwortlich, so wenig wie die KPD. oder eine andre Partei für jedes Wort ihrer Mitglieder verantwortlich ist. Über die Notiz des Habschischen Volksblattes erwacht den Gedanken: Lipinski und Sensft von Bissack, Lüdendorff und Crispin sind die gleichen Leute — Schlusfolgerung: Sitzung vom 16. November im Apfelbaum.

Es ist ein frevelhaftes, verbrecherisches Spiel, das hier mit Arbeiterinteressen gespielt wird. Jedes politische Kind muß wissen, daß die Bestellung der Führer bei einer Aktion, unter welchen Umständen und mit welchen Mitteln sie auch erfolge, eine Kamphandlung schlimmster Art nicht etwa gegen die Gegner der Arbeiterklasse, sondern gegen einen Teil der Arbeiterklasse selbst ist. Diese Wirklöse planen also den Kampf der Arbeiter untereinander in dem Augenblick zu entfesseln, wo die Einheitslichkeit der Arbeiterklasse unerlässlich notwendig ist. Die Verwirrung dieser Pläne muß unvermeidlich die Zersplitterung der kämpfenden Arbeiter und damit ihre Niederlage zur Folge haben. Daher müssen sich die Arbeiter gegen diese verbrecherischen Blöden wenden. Mögen die Ansichten über die einzufliegende Taktik in der Arbeiterklasse noch so weit auseinandergehen, so darf doch kein Arbeiter zusehen, wie eine Anzahl völkisch Unterster der Sicherer Niederlage entgegenführen. In den Zeiten der Aktion darf es keine Zersplitterung geben! Nicht Kampf der Arbeiter untereinander, sondern Einheitlichkeit der Aktion muß die Parole sein!

Einige Worte seien noch dem tapferen Mann gewidmet, der sich bereit erklärt hat, die Führer höchst eigenhändig zu bestillen, „wenn sich ein ander findet“. Vielleicht überlegt er sich's einmal, ob er nicht andre Objekte findet, die er bestillen kann. Vielleicht prüft er auch, ob es nicht am besten wäre, sich selbst zu bestillen. Wer ernsthafte Wörterdenken hegt, wird nicht so dummen sein, diese in einem Kreise von 15 oder mehr Personen auszusprechen. Selbst dem großmäßigen Leiter jener Sitzung trauen wir nicht soviel Dummmheit zu. Aber warum redet er von dem Plan? Steckt dahinter die Absicht, andre aufzuflockeln, es zu tun? Wir kennen den Mann mit Namen, er ist im Westen Leipzigs unter den Arbeitern gut bekannt. Wir kennen auch eine Anzahl Leute, die an der Sitzung teilgenommen haben, doch kennen wir keinen Namen. Das kommt vielleicht noch. Der Leiter der Sitzung, der am besten Hans Großmaul heißen würde, hat nicht gelogen, wie er die Führer bestillen will. Vielleicht läuft er bei einer Aktion mit der Knallbüchse herum, um die Führer einschüchtern, natürlich aus dem Hinterher, denn weiter würde es mit dem Mut nicht reichen, da bei ihm ja die Führer immer sehr viel klüger war, als die Tat. In der Sitzung hat Hans Großmaul gelogen, er habe einem Redakteur der Leipziger Volkszeitung angekündigt, er wolle ihn mit dem Knäppel vom Stuhl schlagen. Wir sind bereit, Hans Großmaul mit dem Knäppel zu empfangen — natürlich mit seinem Knäppel. Wenn er sich vorher anmeldet, wird er sonst gefasst, was seinem Großwahnkönig sicher am meisten gerecht würde.

Arbeiter, hilft euch vor diesen Elementen. Sie sind der Gegenpol der Orgesch; manche mögen auch in deren Dienste stehen.

Es wanken die Sessel der sichern Gesellschaft!

Wer einmal die verzweifelten Mittel kennen lernen will, mit denen eine untergehende Gesellschaftsclique um die ihren Händen entzündenden Machtpositionen kämpft, der braucht nur den Kampf der Leipziger christlichen Kreise um die konfessionellen Schule und gegen die weltliche Schule zu beobachten! — Die ganz unerwartet hohe Zahl der Abmeldungen vom Religionsunterricht hat die Geistlichen zur Raserei gebracht. Sie verkünden im Kon-

firmandenunterricht den Schülern, daß die Superintendentur angeordnet habe, wer in den nächsten vierzehn Tagen keine Erklärung bringt, daß er wieder am konfessionellen Religionsunterricht in der Schule teilnimmt, wird vom Konfirmandenunterricht ausgeschlossen.

Und nun malen die Geistlichen den Kindern die „schrecklichen Folgen“ aus! Wer nicht konfirmiert ist, der kann nicht getraut werden, der darf nicht Platz stehen, der wird auch einmal kein „ehrliches christliches“ Begräbnis bekommen.

Aber soweit sind sie schon mit den „gefährlichen Waffen“ herunter, die Vertreter der „Gotteswissenschaft“!

Schon alankt man das Mittel gefunden zu haben, eine Haushaltung für die weltliche Volkschule unmöglich zu machen, als man den Rat der Stadt Leipzig soweit hatte, daß er den Schülern verbot, den Eltern die Adressen der Eltern des Schulgebiets auszuhändigen. Etwas beginnen! Je größer die Hindernisse, um so nachdrücklicher werden die Anhänger der weltlichen Schule arbeiten. Die Erfolge beweisen das!

Und diese Erfolge liegen den Patentchristen zu jezt im Magen. Was tun? Oeffentliche Diskussionen in Elternversammlungen häufen Blamagen auf Blamagen. Vertäuliche Bearbeitungen in geschlossener Gesellschaft bei Wahrung des Haustrechts bringen so unheimliche Niederlagen, wie früher in Connewitz. Über wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Und die Jugend haben die Herren da dank der Inkongruenz vieler Eltern noch im Konfirmationsunterricht und sie wollen das nun welsch ausnutzen. Dieselben Leute, die immer heuchlerisch von der Politik in der Schule schreien, scheuen sich nicht, mit Mitteln zu arbeiten, die die Kinder bei ihrer Unkenntnis des öffentlichen Lebens als Drohungen empfinden müssen.

Jedem Welsch Denkenden müßte doch eigentlich grauen vor der Saat, die aus einem solchen Zwangsschülertum aussiehen muß, wenn diese so getümpte Jugend in späteren Jahren die Beweggründe der Geistlichen erkennen lernt! Freudenster und Welschen blüht!

Arbeitereltern! Sagt euren Kindern, daß die Konfirmation für das bürgerliche Leben gar nicht zu bedeuten hat, daß sie eine gesetzliche Ehe schließen können ohne Pfarrsegen, daß sie Kinder ohne Einmischung der Kirche ebenso zu braven und redlichen Menschen erziehen können und daß ihnen ihre Kinder vielleicht einmal dankbar sein werden, wenn der Schmerz um geliebte Eltern nicht durch bezahltes Pfarrgeldschwätz noch am Grabe gestört wird.

Wacht euch nicht irremachen! Haltet die Schule frei vom dogmatischen Religionsunterricht! Unterschreibt die Erklärungen für die Weltlichkeit der Schule!

Aus den Ratsbeschlüssen.

Neue Einschränkungen des Gas- und Stromverbrauchs stehen bevor. Auf Grund einer Anordnung des sächsischen Landesforstamtes sah sich der Rat genötigt, erneut Ortsvorstehern über Einschränkung des Gas- und Stromverbrauchs zu erlassen, die im einzelnen nächstens veröffentlicht werden. Diese Vorstehern lehnen sich im wesentlichen an die bisherigen Einschränkungsbestimmungen an, gehen aber über diese in einzelnen Teilen auch hinaus infolge der dagehenden Forderungen des Landesforstamtes.

Ortspolizeiliche Bestimmungen über das Schornsteinfeuerverbot. Genehmigt wurden die ortspolizeilichen Bestimmungen, das Schornsteinfeuerverbot in der Stadt Leipzig bestehend, und das Ortsgefetz, die Unterstützung dienstunfähiger Bezirksschornsteinfeuermeister und ihrer Witwen und Waisen sowie die Ablösung der vom Gewerbebetriebe freiwillig zurücktretenen Meister und Witwen bestehend.

Zu Bauschulwarten wurden auf Vorschlag des Personalausschusses gewählt der Maurerpolizist K. Bechstädt und der Zimmerpolizist Richard Schatz.

Zur Vorbereitung der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Leipzig (1921) wurden 273 000 Mt. bewilligt.

Noch ein Beitrag zu der Berichtigung des Oberstaatsanwalts.

In Nr. 248 der L. B. berichtet der Oberstaatsanwalt, eine einwandfreie Zeugin habe ausgesagt, daß der Brand des Volkshauses schon entstanden sei, als noch kein Soldat das Gebäude betreten hatte. Ich weiß nicht, wie der Herr Oberstaatsanwalt zu dieser „einwandfreien“ Zeugin, die dem Volkshaus gegenüberwohnt, kommt. Ich wohne dem Volkshaus gegenüber und verweise nochmals auf meine Beobachtungen hin, die in Nr. 39 der L. B. am 21. März niedergeschrieben sind. Bei einem späteren Verhör habe ich diese meine Beobachtungen aufrechterhalten! Ich habe allerdings angenommen, daß diese Aussagen als einwandfrei gelten.

M. Werner, Leipzig, Zepter Straße 39, IV.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am nächsten Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über Eingaben wegen der Gaspreise, der Schlußheit für die Ladenbesetzung, über die Gehaltsneuregelung für das Solo-, Chor-, Tanz- und Operettorchester-Personal und über Neuverteilung der Kosten für das Stadtorchester usw., über die Erhebung einer Zuflussteuer vom reichsteuerfreien Einkommen usw., über die Aufstellung eines Ortssteuerfreien Einkommens, über die Aufstellung eines Haushaltplanes werden erörtert werden Konto 31 „Gebäude“, Konto 2 „Sonstiger Grundstück innerhalb und außerhalb der Stadtgrenze“, Konto 25 „Gesundheitsamt“, Konto 44 „Blech- und Schlagthof“, Konto 32 „Städtische Theater“.

Schlusshilfe beim Viehauftauf! Das Gewerbeamt teilt mit: Wer gewerbsmäßig Blech (Mindöhr ein schließlich Kälber, Schweine und Schafe, auch Ferkel unter 25 Kilogramm Lebengewicht und Kälber im Alter unter drei Monaten) zum Weiterverkauf anführt, hat über jeden Kauf einen vorgeschriebenen Schlusshilfe in dreifacher Ausfertigung auszufüllen und zu unterzeichnen. Diese Vorstehern gelten auch für Fleischer und Fleischwarenfabrikanten, soweit sie Blech für ihren Gewerbebetrieb unmittelbar bei einem Viehhalter aufzukaufen. Auch für Viehimmigration besteht diese Pflicht. Eine Ausfertigung ist dem Veräußerer des Viehs zu übergeben, die welche hat der Erwerber mindestens ein Jahr lang aufzubewahren. Die dritte Ausfertigung war bisher dem Landespreisamt bestimmte Ausfertigung ist aber von jetzt ab, und zwar unverzüglich, beim Gewerbeamt, Rathaus, Zimmer 220, abzugeben. Viehhändler, die Blech aus dem Deutschen Kreise verkaufen, haben gleichzeitig den Namen und die Wohnung des Käufers mit anzugeben.

Reitungsgeellschaft zu Leipzig. Man schreibt uns: Die Tätigkeit der Hilfsstellen und der freiwilligen Hilfsmannschaft betrifft im Oktober zusammen 207 Hilfsleistungen, davon 187 Verleihungen und 19 plötzliche innere Extraktungen. In einem Falle mußte sofort ärztliche Hilfe herbeigesogen werden, doch konnte hier nur der Tod festgestellt werden. Samariterunterricht wird zur Zeit an Angehörige des Städtischen Ele

Wenige noch werden daran gedacht haben, welcher Mühe und Ausdauer es bedurft hat, von privater Seite aus kleinsten Anfängen etwas Großes und Wunderbares zu schaffen. Die Rettungsgesellschaft bleibt bestehen als solche, trotz Übernahme des Betriebs der Sanitätswachen und des Krankentransportwesens durch die Feuerwehr. Die Rettungsgesellschaft wird sich auch weiter auf ihren ihr noch verbleibenden Gebieten dem Unterricht in der ersten Hilfe bei Unfallstädten und der freiwilligen Samariterkäffel weiter betätigen, und das hoffen, daß ihr hierbei die Unterstützung der Einwohnerchaft in der bisherigen Weise erhalten bleibt.

Kraftwagenverkehr Leipzig-Merseburg. Ab 1. Dezember 1920 beginnen und enden die Fahrten auf der Kraftwagenlinie Leipzig-Merseburg nicht mehr am Hauptbahnhof, sondern am Bahnhofsvorplatz. Der Fahrplan ab Hauptbahnhof bleibt bestehen wie bisher, nur beginnen die Fahrten 1, 3, 5, 7 am Bahnhof 20 Minuten zeitiger, also 6.00, 12.00, 5.00 und 10.00 und enden die Fahrten 2, 4, 6, 8 20 Minuten später, also 9.00, 20.00, 7.00 und 10.00.

Veranstaltung christlicher Eltern für die weltliche Schule. Am 25. November fand im Stadtteil Leipzig-Connewitz eine Versammlung christlicher Eltern statt. Nur christliche Eltern waren durch Handzettel eingeladen worden. Nach langer Aussprache wurde mit großer Mehrheit folgende Entschließung angenommen: „Die am 25. November 1920 im Saale der 5. Volksschule zu Leipzig-Connewitz tagende, von den Geistlichen, den christlichen Elternräten und der Lehrerlichkeit des Ortssteiles einberufenen stark besuchte Elternversammlung spricht sich für die weltliche Schule aus.“

Lichtbildvorführung über das Heizungsvesen. Der Leipziger Haushauverein schreibt uns: Am Dienstag, den 30. November, pünktlich 4 Uhr nachmittags, wird im großen Saale des Auguste-Schmidt-Hauses, Dresdner Str. 7, eine Lichtbilder-Vorführung über: Die Erwärmung der Wohnräume und die Bedienung der häuslichen Feuerstätten stattfinden, durch Herrn Walter Hanisch, Sachverständiger der heiztechnischen Landeskommision, Dresden. Anschließend Ansprache. Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder 1 Mt.

Eine demonstrative Nachruf. An der Schule, die der Demokratie schon durch Fräulein Oberlehrerin Schweidert wegen Verquidung von Quäderpflanzen und Dogmenlügen bekannt wurde, hat kürzlich das nachrevolutionäre Lehrerkollegium dem versuchten Schulbüroarbeiter i. R. Eduard Käfer einen als Reaktionäre erfreulichen Nachruf demonstriert in die Zeitung gelegt und so die vorrevolutionären Lehrerkämpfer dieser Anstalt schmähselig desavouiert. Damit diesen aufrechten Männern doch noch eine Art Genugtuung werde, bringen wir den Schluss der Annonce mit Kommentar: „... Er (Käfer d. R.) hat während dieser langen Zeit seines amüsanten Wirkens seine ganze Kraft der Schule gewidmet und das Wohl der Jugend mit unermüdbarem Fleiß gefördert. Wir rufen, dem Enthüllten ein „Habe Dank“ in die Ewigkeit nach. Er ruhe sanft und das ewige Licht leuchte ihm. Das Lehrerkollegium der 5. Volksschule (ehemal. XI. Bürgerschule).“ Frühere Schüler und vor allem ein großer Teil der Elternschaft von Höhlsdorf haben eine ganz andere Erinnerung an die Tätigkeit dieses Flehmänner.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. In den Sonntags-Abendstunden brannten in einer Niederlage Trausaarstr. 7 Packmaterial und Kohle. Die Nordwache konnte den Brand nach einstündiger Tätigkeit besiegen. Ferner gab der rote Schein von brennenden Holzstöcken, die zum Auswärmen der Räume im Postamt Höhlsdorf aufgestellt waren, dem Publikum Anlaß zur Alarmierung der Ostwache.

Mehrwohnungen für die Frühjahrsmeise sucht das Meßamt. Wer ein Fremdenzimmer in der Nähe des Meßzentrums zu vergeben hat, melde sich beim Wohnungsnachweis (Katharinenstraße 1). Die Besichtigung und Mietung von Wohnungen beginnt Anfang Dezember 1920. Die Vermieter tun gut, bei Ihren Herbstgästen anzufragen, ob sie zum Frühjahr dasselbe Zimmer wieder in Anspruch nehmen. Das vereinfacht die Vermietungsarbeiten für beide Teile. (Röhres siehe Inserat.)

Engelsoeler! In der Sängergarderobe ist einem arbeitslosen Sängerbruder, Vater von neun Kindern, ein blauer Überzieher verkaucht worden. Wir bitten, in den Vereinen Umfrage zu halten und zur Aufklärung der Sache beizutragen. Die Meldung kann beim Sängerbruder G. Windisch, Buchhandlung im Volkshaus erfolgen.

Arbeiterbildungs-Institut. Die für Dienstag, den 30. November, angekündigte Vorstellung: Die Jungfrau von Orleans findet Mittwoch, den 1. Dezember, statt. Die Anfangszeit ist auf 7 Uhr festgelegt.

Männerchor O. West. Für die wegen der Engelsfeier ausgesetzte Singstunde ist die nächste Singstunde auf Dienstag, den 30. November, abends 7 Uhr, im Schloß Lindensels angelegt.

Neuer Kursus. Im großen Hörsaal des Zoologischen Instituts beginnt morgen, Dienstag, den 30. November, abends 7 Uhr, der Kursus Das Leben der Tiere. Karten für alle sechs Vorträge zum Preise von 3 Mt. am Eingang.

Allg. Arbeiterbildungs-Institut.

Bildungsausschuß. Morgen, Dienstag, abends 7.30 Uhr: Sitzung. Vorher 6 Uhr: Konzertdienst im Volkshaus.

Allg. Arbeiterbildungs-Institut.

Fleische und Wurstverkauf. Von 9 Uhr ab: Baumgarten, Moltkestraße; Hentschel, Gerberstraße; Pohle, Mödern; Pohle, Lüger; Müller, Connewitz.

Lebensmittelkalender für Dienstag, den 30. November.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Kochmehl: Letzter Tag — abzugeben 15 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q (250 Gramm).

Ausgabe: 42. Kartenausgabe: Nr. 1-200.

Kochmehl: Letzter Tag — bestellt mit 15 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q (125 Gramm).

Rähmutter für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — bestellt mit M 3, N 3, Z 3 der Lebensmittelkarte S 1/3.

Rähmutter für Schwangere: Beginn — bestellt mit SN 3 der Sonder-Lebensmittelkarte für Schwangere usw.

Für Händler.

Butter: Bezugskartenablieferung.

Süßstoff: Abholung in der Adlerapotheke und bei Umann & Co.

Bolzen-Nachrichten.

Denkmalschändung! Schon zum zweitenmal in diesem Jahre ist das Bismarckdenkmal von Bubenhand beschädigt worden. Nachdem bereits im Mai dieses Jahres der bronzene Lorbeerzweig, der nun der am Sockel des Denkmals stehenden Figur emporgerehalten wurde, verschwunden war, ist in den letzten Tagen der am Sockel befestigte gewogene bronzen Hammer herausgewichelt und gestohlen worden. Der Zweig wurde später im Gehäuse verstaut aufgefundene, dagegen fehlt von dem Hammer bis jetzt jede Spur. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in beiden Fällen ein und dieselbe Person als Täter in Frage kommt. Metallhändler werden ganz besonders auf diesen Diebstahl aufmerksam gemacht. Wer sonst irgendwelche Beobachtungen gemacht hat, die zur Ermittlung des Täters führen könnten, wolle dies schriftlich der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache mitteilen. Verächtliche Anbieter von Bronze lasse man festnehmen.

Frecher Überfall in der Großen Fleischergasse am hellen Tage! Am 27. d. M. vormittags gegen 9 Uhr erlitten im Geschäft des Trödler Martin, G. Fleischergasse 21, der Bürger Kurt Sch. geb. am 21. 12. 1901 in Görlitz, d. L. in Beleidigung eines gleichaltrigen Burischen und verlangte ein Paar Schuhe, die er tags zuvor dort gegen andere einsetzte hatte, aufzuliefern, angeblich weil diese ihm bequemer seien. Der Trödler ging darauf ein. Unterdessen

hatten zwei weitere junge Burischen den Laden betreten und holten Martin einen Stoß zum Knie an. Nachdem Sch. die Schuhe gewechselt hatte, sprang er plötzlich auf Martin zu und hielt diesem Mund zu, während gleichzeitig ein zweiter die Brust des Martins aus dessen Rock herauszog. Um ihn am Schreien zu verhindern, drohten ihm alle vier mit vorgestreckten Revolvern mit Erdrücken, sobald er nur einen Laut von sich geben würde. Die vier Räuber nahmen darauf jeder einen Überzieher, Sch. zudem noch einen Cutaway mit dunkler, hellgestreifter Hose und heller Weste an sich und ergriffen die Flucht durch die Kleine Fleischergasse nach dem Rathauskirchhof zu, verfolgt von dem Überzieher und Burischen, die dieser auf die flüchtenden Raubgelehrten aufmerksam gemacht hatte. Drei der Täter verschwanden in dem Grundstück Rathauskirchhof 16 und wurden dort später, nachdem sie eine urprünglich beabsichtigte Flucht über die Dächer als offenbar aussichtslos aufgegeben hatten, durch herbeigeholte Beamte der Polizeiwache in einem Abort im 4. Stockwerk entdeckt und festgenommen. Der vierte Räuber wurde von einem Beamten der 4. Polizeiwache in dem Augenblick festgenommen, als er den Raum verlassen hatte, unter einem Trödel in der Turnerstraße versteckt wolle.

Zwei Kinder durch Feuerwehr ins Leben gekommen! Am 25. November sind in der Albernschen Straße, L. Görlitz, zwei Kinder, ein sechs- und ein dreijähriges, durch Feuerwehr gerettet, gestorben. Ihre Mutter hatte sie etwa 1½ Stunden lang sich selbst überlassen müssen, um ihrem in der Magdeburger Straße beschäftigten Ehemann sein Abendbrot zu bringen. Bei ihrer Rückkehr bemerkte sie sofort starke Gasgerüche und fand die beiden Kinder eingeschlossen in der Küche auf dem Fußboden liegend vor. Als Wiederbelebungserüche hilfsbereiter Nachbarn und der mit dem Sauerstoffapparat hinzugezogene Feuerwehr waren leider ergebnislos und der Arzt konnte nur den bereits eingetreteten Tod feststellen. Das Unfall ist mutmaßlich dadurch geschehen, daß eines der Kinder den Hahn eines über dem Sofa stehenden zur Siedlung eines Gasloches angebrachten Gasleitungsröhren gestoßen hat, wodurch das Gas in den Raum einströmten konnte, da der nicht im Gebrauch befindliche Gasloch entfernt worden war.

Sächsische Angelegenheiten.

Bürgerliche Fassnungen und Enttäuschungen.

In der bürgerlichen Presse werden die Bemühungen fortgeführt, die Reichssozialisten für die Koalition mit dem Bürge zum Kürze zu machen. Die Leipziger Neuesten Nachrichten liefern sich am Sonnabend „von gutunterrichteter Seite“ folgendes: „Der Ausfall der Wahlen in Sachsen hat zu solchen Schwierigkeiten bezüglich der Neubildung der Regierung geführt, daß eine enge Führungnahme zwischen den Sozialdemokraten Sachsen mit denen im Reich als unabdingliche Notwendigkeit erscheinen mußte. Sachsen bietet durch das Wahlergebnis sozusagen kompromittierende Momente, die nicht nur ihre Ausstrahlung auf Preußen bei den kommenden Wahlen, sondern auch auf das Reich zeitigen werden. Man hat in Berlin schon lange erkannt, daß es damals ein bedeutsicher taktischer Fehler der Mehrheitssozialisten war, auf ihrem negierenden Standpunkte zu verharren. Somit ist auch nicht anzunehmen, daß Herr Scheidemann, der Aufer im Streite und vereidigte Wortführer im Reich, den um Rat hessenden sächsischen Genossen nahelegen wird, ableits stehen zu bleiben, viesmehr darauf hinzuwirken dürfte, eine Koalition mit der Linken zu versuchen. Dom aber stellen sich im Freistaate Sachsen doch noch erhebliche Bedenken und Schwierigkeiten entgegen. Man braucht nur an die Chemnitzer Richtung zu denken, um zu sagen, daß man leicht Endes doch versuchen dürfte, eine Mehrheit aus Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten zu bilden. Aber, wie gesagt, Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, sieht auch noch nicht unmittelbar bevor, so sehr auch die Zeit drängt, da selbst das Schönste Einverständnis in Berlin noch letztewegs die Hindernisse beiseite gesetzt werden, die im Lande Sachsen selbst erwachsen. Charakteristisch ist z. B. das Verhalten des Herrn Lipinski, der bereits sein Landtagsmandat wieder überlegt, mit ihm wohl selbst nicht daran glaubt, daß die äußerste Linke sich mit der Sozialdemokratie zu gemeinschaftlichem Tun zusammenfinden wird. Soweit in diesem Augenblick, wo alles noch in der Schwere ist, eine Schätzung möglich ist, wäre es nicht ausgeschlossen, daß bei der geplanten Zusammenlegung der Linkensteilen die leichs in Frage kommenden Stellen etwa folgendermaßen besetzt würden: drei Plätze den Sozialdemokraten, zwei der Volkspartei und einer den Demokraten. Dann würde letzteren die auszulagende Stellung aufstellen. Auch der Gedanke eines Arbeitsministeriums, gebildet aus Reichsbeamten, ist aufgetaucht, findet aber wenig Freunde. In Äußerster Hülle dürfte es vielleicht zu irgendinem trübseligen Kompromiß, vielleicht unter Beibehaltung der jetzigen Regelung, kommen, der aber der Unsicherheit der Verhältnisse keinen Damm entgegen setzen würde. Da auch dieser Ausweg scharf befürwortet wird, bietet die vorher angesührte Möglichkeit des Zusammenschlusses der Volkspartei mit den Sozialdemokraten und Demokraten in diesem Augenblick noch die meiste Aussicht, würde aber Herrn Scheidemann durchaus nicht ins Konzept passen. Wenn man also in Berlin zu den Beratungen die Köpfe zusammenstellt, so geht leicht das aus dem berghülflichen Gefühl heraus, mit den Genossen des Reiches an einem Strange zu ziehen. Man wird sich aber kaum dazu verleben, da die Verhältnisse in Sachsen nun doch einmal ganz anders liegen als im Reich.“

Die mit diesem Geistreich beabsichtigte Wirkung ist aber nicht eingetreten, und resigniert schreibt dasselbe Blatt in der nächsten Nummer: „Die Berliner Konferenz der Mehrheitssozialisten scheint den in Sachsen von Hellisch besonders gefürchteten Widerstand gegen die Koalition der Mitte noch verstärkt zu haben, wenn auch dort Stimmen ausdrücken, die der tatsächlichen Lage Rechnung zu tragen gewillt waren. Immerhin glaubt man heute selbst in führenden sozialistischen Kreisen Sachsen, die bisher wegen eines Zustandekommens einer Koalition der Mitte recht optimistisch waren, nicht mehr an diese Verbindung angesichts des wachsenden Widerstandes weiter sozialistischer Organisationen, die in der Hauptstadt ein Erfolg der Chemnitzer Agitation ist. Wenn auf der einen Seite die Koalition Blücher-Sindermann für den Augenblick als gescheitert gelten muß, so erscheint nach wie vor eine dauerhafte Koalition mit den Unabhängigen ausgeschlossen. Denn in mehrheitssozialistischen Kreisen ist man sich vollkommen klar darüber, daß die Angebote des USPD nichts weiter sind als taktische Maßnahmen für die von ihnen erhofften baldigen Neuwahlen. Falls ein sozialistisches Kabinett zustande kommt, dürfte jedenfalls mit dem Ausscheiden einiger der leichten mehrheitssozialistischen Minister zu rechnen sein. Die endgültige Entscheidung wird in einer Anfang nächster Woche stattfindenden Landeskongress der Mehrheitssozialisten fallen.“

Der Chemnitzer Hellisch hat mit seiner kürzlichsten Schreibenpolitik seine Partei in geradezu unbrauchbare Welle gestoßen, indem er mit der Spaltung drohte. Er hat damit parlamentarische Schwierigkeiten geschaffen, deren Folgen heute noch nicht zu übersehen sind. Wer aber parlamentarische Schwierigkeiten macht, der muß auch bereit sein, die Folgen dieser Schwierigkeiten zu übernehmen, und so wäre es durchaus recht, wenn Hellisch von seinen Genossen auch zur vollen Übernahme der Verantwortung durch die Ernennt zum Ministerpräsidenten gezwungen würde. Wahrscheinlich wird Hellisch sich hierauf mit schwachen Worten zu drücken versuchen, liegt ihm doch nach unseren Informationen viel mehr daran, für den franken Fraktionsvorsitzenden Sindermann an dessen Stelle zu treten, um dann auf die ganze Fraktion noch mehr Einfluß in seinem Sinne gewinnen zu können.“

„Doch die Widerstände gegen die „verständige“ Dresdner Richtung wachsen, wird auch durch die Dresdner Volkszeitung bestätigt, die in ihrer Sonnabendnummer erklärt: „Auch unserer Ansicht nach sind die Gründe, die gegen ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung pressen, für uns so gewaltig, daß eine Würdeheit dieses Ausweges aus einer komplizierten politischen Situation nicht geben erscheint. Die Sozialdemokratie muß darum alle Mittel und Wege versuchen, um mit den Unabhängigen eine sächsische Regierung zu stande zu bringen.“

Der Chemnitzer Hellisch hat mit seiner kürzlichsten Schreibenpolitik seine Partei in geradezu unbrauchbare Welle gestoßen, indem er mit der Spaltung drohte. Er hat damit parlamentarische Schwierigkeiten geschaffen, deren Folgen heute noch nicht zu übersehen sind. Wer aber parlamentarische Schwierigkeiten macht, der muß auch bereit sein, die Folgen dieser Schwierigkeiten zu übernehmen, und so wäre es durchaus recht, wenn Hellisch von seinen Genossen auch zur vollen Übernahme der Verantwortung durch die Ernennt zum Ministerpräsidenten gezwungen würde. Wahrscheinlich wird Hellisch sich hierauf mit schwachen Worten zu drücken versuchen, liegt ihm doch nach unseren Informationen viel mehr daran, für den franken Fraktionsvorsitzenden Sindermann an dessen Stelle zu treten, um dann auf die ganze Fraktion noch mehr Einfluß in seinem Sinne gewinnen zu können.“

„Doch die Widerstände gegen die „verständige“ Dresdner Richtung wachsen, wird auch durch die Dresdner Volkszeitung bestätigt, die in ihrer Sonnabendnummer erklärt: „Auch unserer Ansicht nach sind die Gründe, die gegen ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung pressen, für uns so gewaltig, daß eine Würdeheit dieses Ausweges aus einer komplizierten politischen Situation nicht geben erscheint. Die Sozialdemokratie muß darum alle Mittel und Wege versuchen, um mit den Unabhängigen eine sächsische Regierung zu stande zu bringen.“

Die Demokraten sind noch immer unschlüssig.

Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei im Kreisamt Sachsen tagte am Sonnabend in Gemeinschaft mit der bürgerlichen und der künftigen Landtagssitzung unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeisters Kütt-Jutta. Der Ausschuß stellt sich nach einem Bericht des Vorsitzenden über die Wahlen und nach einem Bericht des Kultusministers Dr. Seydel einmütig auf den Standpunkt, daß die Demokratische Partei zur Zeit kein Anlauf vorliege, in der Frage der Regierungsbildung Befehl zu fassen.

Der Vorstand der Demokratischen Partei der Sächsischen Löbauer-Ebersburg hat folgende Entschließung angenommen: Der Vorstand zieht aus dem Ergebnis der Wahlen die Schlussfolgerung, daß die demokratische Fraktion im Landtag unter keinen Umständen an der Regierungsbildung teilnehmen darf.

Einen ähnlichen Befehl hat vor einigen Tagen auch der Kreisausschuß im Chemnitz-Zwickauer Wahlkreis gefasst. In Dresden soll die gleiche Meinung bestehen.

Stadtbüro Schlebungen mit Heeresamt

Sind nach einer Meldung aus Dresden in der Landesstelle des Reichsverwertungsamtes vorgekommen. Es wird darüber mitgeteilt:

Große Schlebungen mit Heeresamt sind in Dresden aufgedeckt worden. Die Landesstelle Sachsen des Reichsverwertungsamtes hatte in den letzten Monaten große Mengen Heeresamt zu verkaufen, u. a. beträchtliche Posten Belägen, die zu 18.500 Mt. das Stück abgegeben wurden. Im Kettenhandel wurden diese Welle schnell auf das Dreieck gelegt, und die Wiederbemittelten, für die die Welle bestimmt waren, hatten das Nachsehen. Ein Posten Knöpfe, der zu 17.800 Mt. verkauft wurde, kostete schon in weiterer Hand 23.532 Mt. (d. h. also mehr als das 16fache). Für einen Wagon Bierdeckelire wurde beim Reichsverwertungsamt in Leipzig 114.000 Mt. bezahlt. Der nächste Käufer zahlte 275.000 Mt. bezahlt. Ferner kaufte eine Dresden Eileen-Großhandlung einen Posten Hufnägel für 20.000 Mt., die sie unmittelbar darauf für 82.000 Mt. weiterverkauft wurde. Eine gerichtliche Untersuchung erstickt sich auch auf Bezugnahme der Reichsverwertungsstelle. Einige von ihnen haben Sicherungen dadurch aufgehoben lassen, daß sie Heeresamt verschleuderten oder bestimmten Firmen aufgaben, oder sich erhöhte und kleinere Provisionen zahlten ließen. Ein Anwalt vertrat verdiente 28.000 Mt. Zahlreiche noch unangefochtene Fälle schwelen noch. Zum Teile führen sie ins Ausland hinüber. Über sie soll im Wirtschaftsministerium Bericht erichtet werden.

Dresden. Seit gestern morgen ist die Oberfläche der Elbe mit Treibholz bedeckt. Die rache Eisbildung wurde durch den geringen Wasserstand und den kalten Frost begünstigt.

Königstein. Ein prächtlicher Unfall ist am 25. November ereignet. Auf der Bahnstrecke beim benachbarten Rathen. Eine Frau Stecklich fuhr mit dem Auto 4.48 Uhr aus Dresden zurück und musste, da der Zug überfüllt war, vor der Tür des Wagens stehen. Als der Zug die Station Rathen verließ, öffnete sie auf einmal die Tür, wodurch die Frau auf das Nebengleis stürzte und vor einem einfahrenden Personenzug erfasst und überfahren wurde. Bahnarbeiter fanden die tödlich Verstümmelte, der belde Beine abgebrochen waren, mit bloßgelegtem Gehirn tot auf.

Delitzsch. Der Bezirksrat in seiner letzten Sitzung die Erhebung einer Jagdsteuer in Höhe von 30 v. D. der Jagdachtsumme.

Mosau. Im Spinnereibetrieb von Pauli & Co. hier arbeitet der Spinner Watz aus Röslau, ein 70jähriger Mann, bei Ausführung einer Reparatur so ungünstig ins Gewicht, daß er vom Selbstfaktorwagen erdrückt wurde und am gleichen Tage starb.

Weida. Der Kirchengemeindevorstand beschloß, von Aufzähler und Trauungen eine Eintrittsgebühr von 1 Mt. für die Goldeneuerneuerung zu erheben. Ein Brautpaar wird auf Wunsch eine Anzahl gebührenfreier Karten eingehändigt.

Arbeiterklasse widerstreift. Denn während auf der einen Seite Appleton sein Votum als Vorsitzender niedergeschlagen, weil er nicht für den Sozialismus eintreten kann, während die Amerikaner aus ähnlichen Gründen dem Kongress überhaupt ferngeblieben waren, und der kanadische Delegierte Bedenken hatte, der von Finnmark vorgelegten Resolution zu stimmen, weil ihm diese, wie überhaupt der ganze Kongress in seiner Haltung viel zu revolutionär schien, fanden auf der anderen Seite Vertreter von Italien und Norwegen, die ihrerseits versuchten, der Tagung eine revolutionärere Note zu geben. Erfreulich war es immerhin, dass alle die Ausschüsse in der kameradschaftlichsten Weise zum Ausdruck gebracht werden konnten und dabei das Bestreben aller auffiel, über alle Hindernisse hinweg zu einer stärkeren Solidarität und Aktionsfähigkeit, zu einem klareren Ausdruck und Betonung einer wahren Internationalen Gesinnung und Verstärkung zu gelangen. Will man dies Ziel erreichen, dann müssen in einer proletarischen Tagung vor allen Dingen in alter Offenheit auch die Meinungsverschiedenheiten ausgesprochen und sodann ein gemeinsamer Weg gefunden werden, der diese Verschiedenheiten beachtet und dabei doch zugleich die Bewegung in allen Ländern vorwärts treiben trachtet.

Darin eben unterscheidet sich eine proletarische Tagung von einem Konsenskongress! Nicht allein gütige Wahrheiten können noch sollen von irgendwelcher Person oder einem kleineren Gremium, wie etwa vom Bundesvorstand, aufgestellt werden, nicht in der These aber dem Dogma liegt das Fehl, sondern der These muss die Antithese gegenübergestellt werden und in der Synthese müssen ein Weg sein, in der alle Kräfte sich begegnen und zu einem starken Strom zusammengeführt werden können.

Will man aus der Gewerkschaftsinternationale eine alle proletarische Kräfte umfassende internationale Organisation machen, dann kann es keine andre Methode geben.

Finnland spricht über die Weltlage und die internationale Gewerkschaftsbewegung. Er weist darauf hin, wie zunächst noch Kriegsende die Bourgeoisie zu Konzessionen bereit zu sein scheint, dann aber sehr bald der Umsturz einfiehlt und heute in fast allen Ländern die Reaktion wieder das Haupt erhebe. Ungarn ist nur ein Beispiel, und darum sah sich auch die Amsterdamer Internationale veranlasst, den Boykott gegen Horst-Ungarn zu erklären. Über mit Billigung der Entente wird in Ungarn weiter versucht die Arbeiterklasse niederzuholen. Aber nicht nur in Ungarn, nicht nur in Finnland, sondern überall hat die Bourgeoisie blutige Rache genommen, doch, wo das Proletariat, seine eigenen Kräfte übersteigt und in der freien Meinung, dass es möglich sei, von heute auf morgen die soziale Revolution zum Ziele zu führen, die Macht ergriffen hatte.

In ganz verweifter Lage aber befinden sich die Arbeiterorganisationen Spaniens, wo jede gewerkschaftliche Neugründung unmöglich gemacht, die Funktionäre in die Gefängnisse geworfen werden und der Terrorismus Regierungssystem ist.

Wenn auch in den westeuropäischen Ländern die Arbeiter noch mehr Niede begegnen, so zeigt sich auch dort das Bestreben, durch die Gelehrte das ureigene Recht der Arbeiterklasse, das Strafrecht, zu räumen. Wenn auch der Absturztag in Washington beschlossen und international durchgeführt werden sollte, so wird doch jetzt, nachdem der erste Schritt der Bourgeoisie längst überstanden ist, überall dieser Beschluss zu sabotieren und versucht.

Wie steht die Arbeiterklasse zu dieser internationale Aktion? Schön im März 1919 vereinigten sich wieder in Amsterdam die Internationale der Transportarbeiter. Die Bergarbeiter, Metallarbeiter usw. und inzwischen ihrem Beispiel gefolgt und zeigten damit, dass wenigstens die Arbeiter nichts mehr vom Krieg wissen und keine Kluft mehr kennen wollen, die sie trennt. In gleicher Weise wurde auch der Internationale Gewerkschaftsbund im August 1919 in Amsterdam wieder ausgerichtet; sofort wurde protestiert gegen die Blödade Sowjet-Russlands und die Sozialisierung des Produktionsmittel verlangt. Während indessen vor dem Kriege die Aufgabe der Gewerkschaften national wie internationale im wesentlichen auf rein gewerkschaftliche Ziele der Lohnbewegung, Arbeitsschutz, Gelehrte usw. beschränkt war, müsste jetzt die Gewerkschaftsbewegung auch auf internationalem Boden in erster Linie den Widerstand des internationalen Proletariats gegen die kapitalistische Ordnung als solche organisieren.

Die Gewerkschaftsbewegung müsste es als ihre erste Aufgabe betrachten, die

Macht der Arbeiter im Kampfe gegen die Reaktion für die neue Gesellschaftsordnung anzuwenden. Dabei müsste man sich darüber klar sein, dass die 24 Millionen in der Amsterdamer Internationale organisierten Arbeiter noch nicht alle von der Notwendigkeit dieses großen revolutionären Kampfes überzeugt seien. Sie hierzu und auch zu voller Opferwilligkeit bereit zu machen, müsste die wichtigste Aufgabe sein.

In gleicher Weise sei es bedauerlich, dass die Arbeiter Amerikas wie auch Russlands durch die Haltung ihrer Führer noch von ihren eigenen Klassenbrüdern ferngehalten seien. Sofort nach Gründung des Bundes habe man wiederholt versucht, mit den russischen Gewerkschaften Teilnahme zu bekommen, feierlich und

heftlich die Solidarität zum Ausdruck gebracht, ohne indessen bis heute auch nur einer einzigen Antwort gewürdigt worden zu sein. Nur aus ihren offiziellen Kundgebungen habe man alle die Befreiungen und den Blödstein entnommen, den sie über die neue Gewerkschaftsinternationale verbreiten, was jedoch diese „gelbe“ Internationale nicht gehindert habe, als einzige sich fähig zu erwischen. Sowjet-Russland willkame Hilfe zu bieten durch die Proklamierung des Transports und der Herstellung der Kriegsmaterialien für dessen Feinde.

Wenn auch die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse wahrgenommen werden müssen, so sei doch unzweckmäßig, nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat zum Ausdruck zu bringen, dass man begriffen habe, dass eine neue Periode eingezogen habe.

Darum gesteht es auch, dass die Internationale der Berufsorganisationen begreift, dass es gelte,

die Kräfte der Arbeiterklasse nicht in nationalen Lohnkämpfen zerstören zu lassen. Eine solche nationale Kräftezerstörung bedeute ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, an den Interessen des internationalen Befreiungskampfes.

In der darauf einsetzenden Diskussion erklärt

Graham (Deutschland), dass der Resolution vorbehaltlich einiger kleiner redaktioneller Änderungen zustimmen könne. Er schlägt kurz die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und beweist durch die Haltung der Gewerkschaften während des Kapp-Putsches, dass auch die deutschen Gewerkschaften begreifen haben, welche neuen Aufgaben ihr die Stunde auferlegen. In gleicher Weise habe man die Initiativen ergreifen, um praktische Solidarität Sowjet-Russland gegenüber zu üben. Man müsse sich indessen nicht nur gegen die Reaktion, sondern auch gegen Putsche von links wenden.

Hinsichtlich der Stellung zu Moskau gibt er bekannt, dass inzwischen das Statut der Moskauer Gewerkschaftsinternationale bekanntgeworden sei, und folgert, dass es notwendig sei, durch Auflösung gegen diese Bestrebungen vorzugehen. Die deutsche Delegation schlägt vor, dass der Kongress sich die Erklärung zu legen machen solle, die das Bureau der Amsterdamer Internationale in Zurückweisung der Moskauer Angriffe ausgesprochen habe.

Basterra (Spanien) bedauert, wenig am Aufbau der Amsterdamer Internationale mitwirken zu können, weil die schwärzeste und elendslose Reaktion sie daran hindere. Er entwirft ein Bild von dem unerhörten Wüten der Regierungsorgane, die jede aufzuhaltende Arbeit der Gewerkschaften gewaltsam verhindere.

Dragon (Italien) stellt mit Genugtuung fest, dass die Gewerkschaftsinternationale heute die Notwendigkeit einstellt, den gewerkschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden. Doch ist ihm die Resolution nicht präzise genug, welcher Art diese Aktionen sein sollen. An dem Willen der Reaktion seien auch diejenigen Gewerkschaften mit schuld, die die Interessen der internationalen Arbeiterbewegung durch Unterstützung der Arzegesellschaft preisgegeben haben.

Was die Haltung gegenüber den Russen angehe, so haben sich hier von den Vertretern der Gewerkschaften selbst ein Tell Schüd zuschreiben durch ihre falsche Politik während des Krieges. Wenn man auch über Einzelheiten der russischen Revolution verschiedener Meinung sein könne, sei man sich aber einig darüber, dass dort ein gewaltiges historisches Ereignis sich abspielte, das die Sympathie und Solidarität der ganzen Arbeiterklasse verdiente.

Nachdem der kanadische Vertreter noch seine Vorbehalte hinsichtlich seiner Haltung zu der vorgeschlagenen Resolution machte und zum Ausdruck brachte, dass ihm dieser Kongress eine zu revolutionäre Tendenz zeige, macht auch Bolan (Schweden) seine Vorbehalte zu der vorgeschlagenen Resolution, da er und seine Freunde gegen den Internationalen Arbeitsamt seien.

Finnland geht in seinem Schlusswort auf die Einwände der Diskussionsredner noch kurz ein und bittet um möglichst einmütige Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die nachstehende Resolution mit 21 200 000 gegen 2 710 000 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmten die Italiener und Norweger.

Resolution

über die Weltlage und die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Der vom 22. bis 27. November 1920 in London tagende Internationale Gewerkschaftskongress protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den in der ganzen Welt zutage tretenden offenen oder verschleierte Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken.

Er gibt seiner Sympathie Ausdruck für alle jene, die in den verschiedenen Ländern unter der Reaktion gelitten haben und noch selten, sorgte allen Arbeitern, die in dem Kampfe gegen den welten Schaden in Ungarn und bei der Aktion zur Verbesserung des Fortschritts von Kriegerstaat für die Fort-

revolutionären Armeen ihre internationale Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaftszentralen und seiner internationalen Berufssekretariate, sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln gegen die den Kämpfen, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Weltreaktion Stellung zu nehmen.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, dass die Gewerkschaftsbewegung neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen national und internationalen Kampf führen muss gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Der Kongress erklärt, dass dieser Kampf sich vor allem errichtet hat gegen den Imperialismus in allen seinen Formen.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, dass die Waffe des Massenstreiks und des internationalen Bohots von den Gewerkschaften als wirksam und zweckentsprechendes Mittel in ihrem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt anzuwenden ist.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, dass zu diesem Zwecke die größtmögliche Einheit und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und Berufe unerlässlich ist; er richtet den dringenden Appell an alle angehörenden Gewerkschaftszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, um in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Macht zu formen, mit ihm gemeinsam von dessen Waffen Gebrauch zu machen und die Arbeiter aller Länder durch eine rasche, taftige Propaganda von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen Internationalen Kampf zu führen und für die Verwirklichung einer auf neuen Grundlagen zu errichtenden gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen.

Für den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

Eduo Fimmen.

Amsterdam, 28. November. (W.T.B.) Telegraf meldet aus London, dass Thomas in der gestrigen Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein Schreiben der russischen Gewerkschaftsmitglieder im Uralgebiet verlas, in dem es heißt, es sei der russische Arbeiterklasse infolge der unter der Sowjetregierung bestehenden wirtschaftlichen Leidenschaft unmöglich, ihre Gedanken frei auszusprechen. Die Führer der russischen Gewerkschaften würden von der Sowjetregierung streng verfolgt, viele von ihnen erschossen und zahlreiche ins Gefängnis geworfen.

London, 27. November. (W.T.B.) Der Internationale Gewerkschaftskongress nahm eine ausführliche Entschließung als Antwort auf die Angriffe von Moskau an, in der erklärt wird, dass der Internationale Gewerkschaftsbund nach Auseinandersetzung des kapitalistischen Systems strebe und in der er dem Mitgefühl mit den Nieden des russischen Volkes, das zum Abschluss an den Bund aufgefordert wird, Ausdruck gibt. In der Kommissions-Sitzung, die diese Entschließung aussetzte, schienen die französischen und deutschen Delegierten in der Frage nicht übereinzustimmen, ob ein Regierungsumsturz mit dem eines Gewerkschaftsführers vereinbar sei.

London, 28. November. (Reuter.) Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress erklärte Jouhaux Frankreich im Namen der Delegation, die das Ruhrgebiet betreibt hat, Bericht. Er erklärt, die Alliierten hätten keinen Anlass, dieses Gebiet zu besetzen. Es sei die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, sich einer Besetzung der Alliierten durch Produktionsverweigerung zu widersetzen, und die Pflicht der C.G.T. (französischer Gewerkschaftsbund, Red. d. L. B.) den deutschen Arbeitern zu helfen. Der deutsche Delegierte legte sprach über die Schwierigkeiten für die Arbeiter des Ruhrgebiets, infolge des Lebensmittelangels und der ihnen durch den Vertrag auferlegten Beschränkungen die Vertragsbestimmungen durchzuführen. Thomas sprach sein Bedauern darüber aus, dass Frankreich ancheinend fest entschlossen sei, imperialistischen Regelungen zu folgen. Er erklärt, wenn die deutschen Kameraden ihren Verpflichtungen noch kommen, sei es die Pflicht der organisierten Arbeiterbewegung der Welt, ihnen zu helfen.

London, 28. November. (Reuter.) Der Internationale Gewerkschaftskongress hat eine Entschließung angenommen, in der dem Bureau aufgetragen wird, einen Plan für ein Internationales Zentralbureau zur gleichmäßigen Verteilung von Kohlekosten zu entwerfen. Dieser Plan wird dem Internationalen Arbeitsbureau in Genf zur Durchführung unterbreitet werden.

Amsterdam, 27. November. (W.T.B.) Wie die Blätter melden, wird am 2. Dezember unter dem Vorsh des Sekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes Dodegeist in Paris von dem durch das Arbeitsbureau des Volksbundes eingesetzten Ausschuss für Gewerkschaftsrecht eine Konferenz abgehalten werden, auf der die Frage der Arbeitslosigkeit gründlich untersucht werden soll.

Geschäfts-Eröffnung!

Hiermit erlaube ich mir die verehrte Einwohnerschaft von Leipzig und Umgebung darauf aufmerksam zu machen, dass ich mit heutigem Tage

Winzergartenstraße Nr. 12

(Schrägaufgang dem Kristall-Palast) ein Geschäft der

„Tertilwaren-Branche“
eröffnet habe und bitte ich um freundliche Unterstützung meines neuen Unternehmens. — Es wird mein Bestreben sein, die verehrte Kundenschaft jederzeit bestens und billigst zu bedienen und empfehle ich mich hochachtend Fritz Werner.

NB. Beachten Sie bitte die Auslagen und Breite im Fenster.

Gilt! Angelammelte Gilt! Stoßreste

passend für Herren, Burschen, Konservanten, Knaben, Hosen, Mantel, Damenröcke, Kostüme usw. enorm billig abzugeben.

Gelb, Frankfurter Straße 6.

Garnellen-Nachrichten

Sonnabendvormittag verschick nach kurzem Leiden unsere liebe Schwester, Frau

Minna verw. Weiß geb. Münzner

im 68. Lebensjahr. In tiefer Trauer.

L. Göhlis, den 28. November 1920.

Familie Gustav Münzner

Familie Hermann Sträubig.

Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 12 Uhr, von der Kapelle des Koblenzer Friedhofs aus statt. — Etwa freudig ausgetrag, Blumenwagen bitten an Beerd. Anstalt W. Steingräber, L.-Go., Eisenacher Str. 34, abzu.

Allen Freunden und Genossen zur Kenntnis, dass am 26. November unter Sohn

Erich

infolge Betriebsunfall im Polphonwerk verschieden ist.

Die tieftauernde Familie Arthur Walter

Elsa Oberholz, die seinem Herzog nahm.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 2. Dezember, nachm. 12 Uhr, von der Friedhofskapelle Wahns aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, das unter lieber

Fritz Koschel

am 27. November infolge Schlaganfalls im Alter von 45 Jahren plötzlich und unerwartet verschieden ist.

L. Wagners, den 28. November 1920.

Weihenstättler Str. 68, IV.

Dies zeigen tiefschläfrig an

Seine Mutter und Vater

nebst Geschwistern und allen Angehörigen.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 30. Nov., nachm. 8 Uhr, auf dem Plauwitzer Friedhof statt.

Eltern u. Erzieher v. Liebertwolkwitz

Wegen Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr im Gambrinus wird Herr Lehrer Siebrack, Leipzig, über

Wie entscheiden wir uns in der Frage des Religionsunterrichts?

zu entscheiden. — Eltern erheben vollständig, und beweisen, dass Ihr die Bedeutung dieser Entscheidung erkennen.

Der Elternrat.

In der Nordsee
Reichsstraße 25
bietet sich Gelegenheit,
morgen Dienstag und Mittwoch
lebendfr. grüne Heringe

(das Beste vom Markt)

zu billigen Preisen zu erhalten.

Reichliche Auswahl in Räucherwaren.

Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volkszeitung.

Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volkszeitung.

Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volkszeitung.

Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volkszeitung.

Feuilleton

Montag, 29. November 1920

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

22

III

Sie schritten die Straße entlang; Genossin Baskerville war begeistert über die Belehrung des ehräugigen Mike und erfreut über das Singen der Internationale in den Zellen. Sie fragte sich, ob sie in diesem unscheinbaren kleinen Moschintzen eine Persönlichkeit entdeckt habe? jedenfalls bestellte sie ihn mit Fragen über seine Vergangenheit und seine Ideen. Da er von seiner vereinsamten, stets hungrigen Kindheit erzählte, musterte sie teilnahmsvolle Worte, und es schien dem bezauberten Jimmie, hier sei eine Frau, die instinktiv alle Sehnsüchte seiner Seele verstehe. Sie legte die Hand auf seinen Arm — es war wie die Berührung eines Engels, seltsame kleine Schauer überliefen Jimmies kalten Leib.

Ja, die Genossin Baskerville vermochte seine Schmerzen zu begreifen, denn auch sie wußte, was Leben heißt. Als ganz junges Mädchen war sie ihrem, durch eine Steinmutter unerträglich gewordenem Heim entlaufen und hatte auf eigenen Füßen stehen müssen. Deshalb lämpfte sie so eifrig für Frauenemanzipation — sie kannte die Verflavung ihres Geschlechtes aus eigener, bitterer Erfahrung. Theoretisch waren viele Männer für die Gleichberechtigung, in der Praxis aber arbeiteten sie dagegen, und was die Frauen selbst antrieb — man brauchte sie nur in der hiesigen Ortsgruppe zu studieren, um zu erkennen, von welch beschrankten, bourgeoisischen Ideen sie beherrscht werden. Jimmie wußte nicht recht, welche Ideen die Genossin Baskerville meinte, er wußte bloß, daß ihre Stimme Welch und melodisch sei und bis zu seiner Seele dringe.

Er sollte sie heimbegleiten, doch hatte er keine Ahnung, wo sie wohne und auch sie schien es für einen Augenblick vergessen zu haben. Sie schenberten gelöst dahin, sprachen von den wundersvollen neuen Ideen, die Männer- und Frauengeister austauschten. Was hatte der Genossin Higgins von Probeherren? Der Genoss Higgins hatte noch nie von derartigem gehört, er lachte auf sachdienstvoll, tapfer seine Bestellung verborgend. „Und was geschieht mit den Kindern?“ „Es braucht ja keine Kinder zu geben“ — entgegnete die eifrige Feministin. „Es ist ein Verbrechen, gebancktes Kinder in die Welt zu setzen.“ Sie habe vorberichtet sie, die Arbeiterfrauen zu versammeln und sie über den technischen Tell dieser hellen Frage zu belehren; inzwischen jedoch war sie bereit, die Sache jedem verlegen, sich innerlich schämen Mann, dessen sie habhaft werden konnte, zu erschrecken.

Jährling blieb sie stehen und rief: „Wo sind wir denn hinzugetreten?“ Ein fröhliches Lachen begleitete die Entdeckung, wie weit sie vom Wege abgewichen waren. Sie schritten um, schlungen diesmal den rechten Weg ein, und Genossin Baskerville predigte unentwegt weiter. Der arme Jimmie fand sich vor Scham und Bestürzung gar nicht mehr aus. Er hatte sich für einen Radikalen gehalten, weil sie die Expropriierung der Ausbeuter fordert, diese Pläne jedoch die Verführung des Heims und jenseitlicher Konvention, versekten ihn in Angst und Schrecken. Und dabei flüsterte ihm dies ein reizendes, erstaunlich junnes Gesäß ins Ohr, eine weiche Hand lag auf seinem Arm, ein leichtes Parfüm umschwebte ihn. Weshalb sah sie gerade ihm all diese Dinge? Was meinte sie eigentlich? Was? Was? Was?

IV

Sie erreichten das Haus, in dem sie wohnte; es war bereits spät. Die Strohöfe lagen verdeckt. Nun hätte Jimmie gute Nachsagen sollen, doch blieben ihm aus einem unbekannten Grunde die Worte in der Kehle stecken. Genossin Evelyn reichte ihm die Hand und ließ sie, ebenfalls aus einem unbekannten Grunde, in der seinen. Die einsame Höflichkeit hinderte Jimmie, sie fallen zu lassen. So hielt er sie fest und starrte mit schlitternden Knien auf die im Dunkel verschwimmende Gestalt. „Genoss Higgins“ fragte die weiche Mädchenstimme, „wie wollen Freunde sein, nicht wahr?“ Und Jimmie stammelte: „Natürlich, immer.“

„Ich bin so froh!“ Dann noch einer kleinen Weile ein geblümtes: „Gute Nacht.“ Eine schattenhafte Gestalt huschte ins Haus.

Jimmie strebte seßhaft bewegt heimwärts. Was ihm geschah war, haben seit Jahrhunderten die Dichter zu schilbern versucht, doch kannte Jimmie Higgins keine Dichterworte, und deshalb war ihm die Sache ganz neu; er mußte allein mit ihr fertig werden. Ihm war zumute wie einem Schulknaben, der in einem feindlich hochscheulden wird; er war die Peitsche äußerster Verkürzung und Knast, Hoffnung und Sehnsucht, Verwirrung und Auflösung, tödlicher Erregung, zorniger Selbstverachtung und solistischer Zweifels. Wahrelch ein tressendes Bild, das keinem Dichter gelungen war, der außer das Snobismus des mutwilligen kleinen Gottes gefunden hatte, der sich an Schnungslose heranschaut und ihnen den spitzen, schmerzenden Peiß mitten ins Herz schlägt.

Am ärötesten deutete Jimmie, daß er Lizzie nichts davon erzählen könnte; die erste Sora in vier Jahren, die er mir nicht bekannte. Er empfand ein Gefühl der Beschämung, als er daheim ins Bett kroch, als habe er Lizzie gegenüber ein Unrecht begegnet, und doch wußte er nicht, worin dies Unrecht eigentlich bestand, und was er es hätte vermelden können. Nicht er hatte die junge Feministin so reizend und lieb und anziehend geschaffen; nicht er war schuld am Besuch des kleinen Gottes, nachdem er das Gefühl dessen Besuchsnicht amüsant. Nein, eine Macht, gewaltiger als er selbst, hatte diese Situation vorbereitet, eine grossmäuse unersättliche Macht, die sich genau den häuslichen Frieden verschwört; vielleicht steht auch diese Macht im Solde des Kapitalismus, der dem Propagandisten sozialer Gerechtigkeit die Seelenruhe missgönnt!

Jimmie versuchte seine Seelenkämpfe zu verbergen, und da er — armer armer Kerl! — mit im Leben etwas zu verbergen gehabt hatte, mißt' man es ihm völker. Schon bei der nächsten Versammlung trübselten die Frauen. Genoss Higgins habe sie enttäuscht. Sie hätten erwartet, er sei vollauf der auten Sachen ergangen, nun aber wußten sie erkennen, daß auch er wie die übrigen Männer ist, die sich durch ein hilfloses Löchlein den Kopf verdrehen lassen. Anstatt seine Arbeit zu verrichten, laufte er dem Baskerville-Mädchen nach, verdrehte die Augen wie ein Mondtag und mochte sich zum Gespött der anmaßen Versammlung. Dabei stießen seine Frau und seine drei Kinder an Haube, erwarteten ihn und glaubten, er radere sich für den Sozialismus ab. Wie die Versammlung zu Ende war, und Genossin Baskerville sich von Herrn Baskerville losriss, war die Enttäuschung des Genossen Higgins so offensichtlich, daß alle Anwesenden darüber lachten.

V

Um des öffentlichen Anstandes willen mußten die Frauen der Ortsgruppe zu diesem Ständchen Stellung nehmen. Eßliche zum mindesten waren dieser Ansicht: einzeln, ohne sich besprochen zu haben, suchten sie am folgenden Tag Lizzie auf und rieten ihr, öfter zu den Versammlungen zu kommen und sich mit den Ideen des radikalen Feminismus vertraut zu machen. Als Jimmie am Abend heimkehrte, fand er seine Frau in Tränen aufgelöst vor, und es entspann sich zwischen ihnen eine höchst unliebsame, schmerzhafte Szene.

Die arme Elisabeth Hujar hatte nie Gelegenheit gehabt, sich mit dem Programm des Feminismus zu beschäftigen. Ihre Ideen über wilde Ehen stammten aus einer ganz andern Welt, einer Welt, deren Ideen nicht neu, sondern im Gegenteil uralt und höchstens im Sinne der Verderbtheit „fortschrittlich“ waren. Sie beurteilte Jimmies Verhalten nach ihrem alten Maßstab und war nur verzweifelt, außer sich vor Kummer und Schande. Er ist also auch wie die übrigen Männer, und sie hatte geglaubt, er sei eine Ausnahme. Er verachtete sie — eine Frau, die er sich aus dem Bordell geholt.

Jimmie stand da wie erstarzt; er hatte nie daran gedacht, daß aus den Augen einer Frau solche Tränenbäche zu stürzen vermögen, noch daß seine brave, breitgesichtige, gute Frau so kläglich und verloren in ihrem Schmerz sein könne. „Ich wußte es ja, habe es immer gewußt, daß es so kommen wird. Ich hab dich nicht getötet, habe es dir immer gesagt.“ „Aber Lizzie“ — schwächte sie der Mann — „du irrst. Das hat ja gar nichts damit zu tun.“

Sie wandte sich ihm jährlings zu, die Finger gekrümmt, als wolle sie ihm die Augen auskratzen. „Du wirst doch nicht behaupten, du würdest diesem jungen Ding da nachlaufen, wenn du nicht eine Frau der Straße hättest. Wäre ich eine anständige Frau, und du würdest, daß ich recht habe.“

„Lizzie“ — rief er bestürzt — „hör mich an . . .“

„Doch Ich sieh mich nicht unterbrechen. Alle sagten, ich sei eine Nützliche, dennoch habe ich dich gehabt, weil du mir schworen hast, es mir nie vorzuwerfen. Und dann habe ich dir Kinder geboren.“ Lizzie fuhr mit dem Arm über die schlafenden kleinen, als wolle sie sie von der Erde fortziehen, auf die sie ein grauhaariges Fräulein gebracht hatte. Jimmie junior erwachte, sein Instinkt wehrte sich dagegen, von der Erde gefasst zu werden, er begann zu heulen. Nun flehen auch die beiden andern ein, bald brüllten alle drei aus voller Kehle.

Ein schrecklicher Klimax zu einer Idylle. Jimmie griff entsetzt nach der Hand seiner verzweifelten Frau. „Das ist ja alles Unsinn! Was hat man dir erzählt. Ich habe nichts Völes getan, Lizzie, habe sie bloß ein einziges Mal am Abendheim begleitet.“

Lizzie entgegnete, ein Abend genüge; — das wußte sie aus eigener absehulicher Erfahrung. „Ich kenne diese Frauenzimmer die sich das Haar brennen. Was braucht sie abends mit vorheiternden Männern herumzustreifen. Und was für Dinge sie spricht! . . .“

„Sie meint es gut, Lizzie, will den Arbeiterfrauen helfen. Diese Geburtenkontrolle . . . sie möchte die Frauen belehren.“

„Wenn sie die Frauen belehren will, warum spricht sie nicht mit Ihnen? Warum redet sie immer mit den Männern? Du kannst mir nichts erzählen — mir, die ich einmal das gewesen bin, was ich war.“ Und Lizzie brach von neuem in verzweifeltes Schluchzen aus.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Arbeiterbildungsinstitut. (Vorstellung im Operetten-Theater: Die schöne Helene a.) Die gefällige Aufführung des förmlichen Offiziersdramas war eine durchaus gelungene — wenn man von der Unzulänglichkeit der Stimmittel absieht. Immerhin können wir Bergmannen feststellen, daß in dieser Hinsicht gegen die Fledermaus-Vorstellung ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Herr Kurt Wolfram ist sicher noch kein aureolender Paris, weder im Spiel noch im Gesang. Aber seine Leistung steht gegen seinen unmöglichen Fledermausenor, im Spiel wie in musikalischer Hinsicht, doch schon erfreulich ab. Auch Margarete Röhner ist in der Rolle der Helene weit besser an ihrem Platz, denn als Rosalinde. Ludwig Habig als Menelaus und Rudolf Anders als Calchas waren zwecklos schüttelnd.

Schauspielhaus. (Kotticens Geburtstag.) Die unwohlenscheinliche, aber Vachtären expressive Komödie Ludwig Thomas ist jetzt neben das derbe Darmstädter Lustspiel Kiebergalls an Stelle des wertvollen, aber in dieser Verbindung nicht angebrachten Jungniedlerischen „Kirchjennigs“ getreten. Diese hanebüchene Verlustung jo mancher über's Ziel hinaus schickender, plumper „sexueller“ Aufführung der Jugend“ erzielte wieder ihre bekannte Wirkung, wozu die gute Aufführung ein Wesentliches beitrug. Im Mittelpunkt steht der ukomische Privatdozent Otto Werders, den der Künstler mit einer geradezu verschwendeten Fülle von Ungehörsamkeit ausstielet. Auch der verbobte Professor Weigel ist erstaunend. Die Frauenvollen (Kriegler-Michaelis und Edith Göttinger) führen sich gut ein.

H. B.

Herrkonzert des Leipziger Volkschors. Zum vormaligen hörte man öffentlich den seit längerer Zeit bestehenden Volkschor unter Leitung des Herrn Oldams. Ein abschließendes Urteil über Entwicklungsfähigkeit und Zukunftsmöglichkeit vermag nach diesem Konzert noch nicht gegeben zu werden, denn die Vortragsfolge hält sich ausschließlich an Werke der einfacheren Chorliteratur, meist volkstümlicher Art. Man müßte, um das Ereichte und Erreichbare abschätzen zu können, auch einmal Dinge mit größen technischen Anforderungen, etwa Madrigale und Kunstsätze, hören. Das Stimmenmaterial ist reichlich da, doch noch nicht ausgenügt. Auf der Höhe sind Sopran und Tenor, der erstere insbesondere lobenswert wegen der Zurückhaltung und Sicherheit in den hohen Lagen. Dagegen muss vor allem der Bass noch sehr gepflegt werden. Dieses Rückgrat des Chorgesangs kam nicht genügend zur Geltung. Bedenklich in erster Linie aber ist die geringe Wundlungsfähigkeit der musikalischen Stärkegrade (Dynamik). Das op. und ff fehlte ganz. Es bewegte sich der Vortrag auf einer Mittellinie, welche eintönig wirkt. Hier muß ein gefühlsmäßiges Erfassen der melodischen Linie beigebracht werden, welches dann beim Einstudieren von Werken, die rein technisch schon alle Aufmerksamkeit beanspruchen, die Gefühlsseite des Vortrags ganz von selbst regelt. Wie will man denn schwere chromatische Stimmen singen, wenn man nicht schon instinktiv im musikalischen Gefühle hat: so viel Ton darfst du geben und mehr nicht. Das ist eine Sache der Kunsterziehung, und dem Dirigenten liegt es ob, vor allem in diesem Sinne erzieherisch zu wirken. Die Zeitnoten waren durchweg frisch und angemessen. Die Wiedergabe des förmlichen Liebertanzes An die ferne Geliebte von Beethoven und der Schubertschen Lieder durch Herrn Opernsänger Lehmann war über alles Lob erhaben, nicht minder feinstimig war die Klavierbegleitung durch Herrn Kapellmeister Oldam. Der Vorsitzende des Arbeiter-Sängerbundes, Genoss Schmidt, gedachte mit warmen Worten des jüngst dahingegangenen Arbeiterkomponisten G. A. Uthmann und brachte wertvolle persönliche Erinnerungen aus der Zeit gemeinsamen Wirkens.

Ly.

Theodor Däubler, der am Freitagabend in der Vereinigung für neue Kunst las, ist einer jener abseitigen Dichter, wie sie in Zeiten sozialer Kämpfe nur noch in westabhängenden Winkeln geboren werden. Vielleicht ist er gerade aus der Generation, die seines und unseres Lebens so vielen politischen Menschen sympathisch. Das Wesen seiner Dichtkunst ist Harmonie, Einfluss mit der Natur, dem Meer, den Sternen dem All. Seine damit beschriebe Phantasie gebiert Bilder, Gedichte in musikalisch geprägter Sprache. Seine Kindheitserinnerung Es schneit ist ein Meisterwerk eindringlicher Kinderpsychologie. Seine Gedichte haben den sündlichen Glanz seiner Triester Heimat und dabei den verlorenen Pulsenschlag germanischen Blutes. Ganzheitlich wird der Eindruck hier und da von alzu üppiger Stabreimverwendung.

Ly.

Dr. Karl Wossi sprach am ersten Abend seiner Vortragsreihe über die Dichtung des Hobel im Alten Testament. Er wies auf den großen Unterschied im Charakter und der Anschauungswelt der alten Volksdichtung, die den Rahmen des Buches bildet, und dem Mittelstil, dem eigentlichen Hobel.

Die vier großen Dälder über die Dichtung des Hobel im Alten Testament. Er wies auf den großen Unterschied im Charakter und der Anschauungswelt der alten Volksdichtung, die den Rahmen des Buches bildet, und dem Mittelstil, dem eigentlichen Hobel hin. Während die Volksdichtung nur von einem lammförmigen Dälder zu melden weiß, läßt die Dichtung des Hobel zum Vertreter der gesamten leidenden Kreatur auswachsen, der sich nicht scheut, die tiefsten Probleme der Vereinbarkeit des Leidens mit der Anschauung von einem allgütigen und allwissen Schöpfer aufzurollen. Der Redner arbeitete die sämtlichen gewaltigen Fragen, die dieser leidende Mensch an seinen Gott stellt, stark heraus und fand die Lösung des Problems für Hobel, die in logisch-philosophischer Weise natürlich unmöglich war, in seinen Worten: Ich habe den Herrn von Unrecht gesehen. In diesem moralischen Gottesleben liegt tatsächlich wie uns die späteren großen Meister bewiesen, die Möglichkeit der individuellen Überwindung des Leidens, möglicherweise auf die Form der religiösen Verzückung tragen, wi: bei den Meistern des Mittelalters oder die der asthetischen Meditation, wie bei den Buddhisten. Aber aus diesem Erleben sich eine Rettung für unsre Zeit zu versprechen, wie dies Dr. Wossi andeutete, ist unmöglich. Das würde den Bericht auf alle europäischen Kulturrerungen bedeuten, die gerade im physischen Kampf mit den Ursachen des Leidens wuzeln, es bedeutete ein gänzliches Neuanfang auf einer Grundlage, die uns Europäern wesentlich ist. Die Darstellung des Redners ging jedenfalls bis in die Meisterwerke des Mittelalters oder die der asthetischen Meditation, wie bei den Buddhisten. Aber aus diesem Erleben sich eine Rettung für unsre Zeit zu versprechen, wie dies Dr. Wossi andeutete, ist unmöglich. Das würde den Bericht auf alle europäischen Kulturrerungen bedeuten, die gerade im physischen Kampf mit den Ursachen des Leidens wuzeln, es bedeutete ein gänzliches Neuanfang auf einer Grundlage, die uns Europäern wesentlich ist. Die Darstellung des Redners ging jedenfalls bis in die Meisterwerke des Mittelalters oder die der asthetischen Meditation, wie bei den Buddhisten.

Pz.

Ludwig Willner ist zweifellos einer der besten Goethe- und Schillerinterpretatoren. Das bewies sein 1. Vortragabend vollaus. Ausdrucksmittel und spätere Werke dieser Dichter vermaut, er gleichzeitig anstreben zu verstehen, und es ist ihm zu danken, daß er diese Großen, die unserer Zeit mit ihrer Unruhe und ihrem Drängen, das in so ganz andere Richtung liegt, verloren zu geben drohen wieder lebendig macht. Es läßt uns hervorragend sprechen in den pathetischen Theatralen Schillers aber in die oberrätsige Ruhe Goethes einfließen: von beiden sind wir gleich weit entfernt. Und wenn ältere Meister unserer Zeit in den Raum dieser großen Menschen zu ziehen verstehen, so führt ihm unbedingt Dan“ für die Verehrung, die er ihnen damit gibt.

Pz.

Städtische Theater. Um eine gleichmäßige Verteilung der Pariser-Aufführungen vorzunehmen, macht sich in der kommenden Woche eine Serienverteilung notwendig; und zwar nach die Serie VI b (264) von Mittwoch auf Donnerstag und die Serie I a (265) von Donnerstag auf Mittwoch verlotzt werden.

Die für das Arbeiterbildungsinstitut uraufgestellt auf Olenna, am 20. November, im Alten Theater festliche Vorstellung (Die Tassefrau von Orleans) findet Mittwoch, den 1. Dezember statt. Anfang 7 Uhr.

Konzerte. Der Meistersche Gesangverein aus Katowitz unternimmt zu Propagandazwecken für die deutsche Sache in Oberschlesien eine Konzertreise durch die großen deutschen Städte. In Leipzig wird der Verein am Sonntag, dem 12. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Neuen Theater ein Konzert geben.

Vorträge. Die Relativitätslehre Einstein wird Dr. Rudolf Värmel (Augsburg) am 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Kaufhauspalais in einem Lichtbildvortrag behandelt. Er wird den Versuch einer allgemeinverständlichen Darstellung unternehmen. Karlsruhe bei C. A. Klemm, Neumarkt 28.

Der Schriftsteller Hans v. Herischahl wird am 8. Dezember, 1/2 Uhr abends, im Kammermusical des Centraltheaters einen Vortrag über Mutterchaftsschäfte halten.

Kürzeres Requiem des Schauspielhauses 1921. Nach sieben Jahren soll in neuem Glanze am 19. Januar 1921 in den Gesamtäumen des Centraltheaters die Kürzeredoute des Schauspielhauses zum Besten der Deutschen „Wissenschaftsschäfte“ wieder erstehen, eingeleitet mit einer Vorstellung im Operetten-Theater, der sich der Festhalle in den andern geschmückten Räumen des Centraltheaters anschließt.

Eingelaufene Schriften.

Josef Haller. Das schwarze Buch über Recskemet. Verlagsgesellschaft Neue Erde, Wien 7. Preis 20 Kr.

Brest-Litowit. Reden, Aufforderungen und Manifeste der russischen Volkskommissare Trotki, Lenin, Joffe, Rabot u. a. m. Zusammenfassung und zusammenge stellt von Ernst Drahm. Der Maler-Verlag, Berlin-Bahrenfelde.

Die Weltliteratur. Nr. 46. Julius Grosse, Drei Statuen. Verlag Die Weltliteratur, Berlin SW. 48.

Walter Krätsch. Deutschland im Jahrhundert Friedrichs des Großen und des jungen Goethe. Heft 2 der Hilfsbücher für Volksschulchulen. Verlag von F. A. Perthes, Gotha. Preis 8 Kr.

M. Herling. München und Trinchen. Lustige „Mädchenstreiche“ in Versen. Verlag von W. Hellbach, Leipzig-Lindenau. Preis 7 Kr.

Francis Jammes. Dichter Ländlich. Deutsche Ausgabe von Claude Goll. Basel und Leipzig, im Rhein-Verlag. Gebunden 10 Kr.

Karl Sternheim. Berlin oder Juste Milieu. Kurt-Wolff-Verlag, München. Preis 7 Kr.

G. Schmidt. Allgemeinverständliche Einführung in die Grundgedanken der Existenzialistischen Philosophie. Verlag von Hammerich u. Besser, Altona. Preis 2 Kr.

Der neue Merkur. Monatshefte. Heft 8 des 4. Jahrgangs

Die Lage des Arbeitsmarkts im Oktober 1920.

Nach einem Bericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung hat die im September beobachtete Besserung der Lage des sächsischen Arbeitsmarktes im Oktober angehalten. Die Industrie begann stärker aufzuleben, neue Arbeitskräfte wurden eingestellt und Betriebs einschränkungen aufgehoben. Der Auswirkung der Industrie konnte indes in dem Rückgang der Zahl der Erwerbslosen nicht voll zum Ausdruck kommen, da sich infolge der frühzeitigen Kälte in den im Freien arbeitenden Berufen bereits Winterarbeitslosigkeit bemerkbar machte. Eine Anzahl Ziegeleien stellte ihren Betrieb ein. In der Landwirtschaft wurden nach Beendigung der Haferfrüchte bereits gelernte Arbeiter entlassen, und die als Sommerarbeiter vermittelten Arbeitskräfte aus der Industrie kehrten in die Heimat zurück. Die Belebung der Industrie ist aber auch nicht so stark, daß von einer Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise gesprochen werden könnte. Hemmend wirkt in allen Industrien der Kohlenmangel. In der Glas- und keramischen Industrie, die mit einheimischen Rohstoffen arbeitet, lagen rechtliche Auflagen vor, jedoch konnte wegen Kohlenmangels nicht voll gearbeitet werden. Auch die Papier- und Stahlindustrie ist aus dem gleichen Grunde in der Ausführung ihrer Betriebe beschränkt. Die Metallindustrie ist von der Aufwärtsbewegung am wenigsten berührt worden. Im allgemeinen blieb hier die Lage ungünstig und es fanden noch zahlreiche Entlassungen und Betriebs einschränkungen statt. In den Emailierwerken war wegen des Kohlenmangels nur ein Teil der Oefen in Betrieb.

Im Spinnereigewerbe hat sich die Lage indes wesentlich gebessert. In den Spinnereien und Webereien war die Beschäftigung gut. In den Webereien des Vogtlandes war sogar Mangel an gelernten Arbeitskräften, so daß jugendliche und ungelehrte Arbeiter zum Anlernen eingestellt wurden. Im Chem.-niger Bezirk trug die aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge geförderte Textilnoitstandaktion wesentlich zur Verminderung der Erwerbslosenzahl bei. Die Lage der Stoffhandelsindustrie des Nördlicher Bezirks gehaltete sich etwas sämägiger. In der Vogtländischen Spitzkonfektion bestätigte sich der Geschäftsgang weiter, ebenso trat in der Stickerei- und Spitzindustrie eine leichte Belebung ein. Die Tambourindustrie war gut beschäftigt. Die Lausitzer Textilindustrie ist mit Ausfällen bis zum Februarjahr verschoben. Der weitere Aufschwung hängt wesentlich von der Versorgung mit Kohlen ab.

Im Buchbindergewerbe war der Geschäftsgang lebhafter im Hinblick auf die Weihnachtsaufträge. In Leipzig konnte ein Teil der Arbeitskräfte, die hatten aussehen müssen, wieder in seine alten Betriebe zurückkehren. Für automatische Fahrmaschinen konnten in Leipzig nicht alle Stellen besetzt werden. In Dresden war starke Nachfrage nach Kartonagenarbeiterinnen.

Im Sattler- und Ledergewerbe wurden wieder Arbeitskräfte verlangt, auch im Tapezierer- und Postergewerbe war Nachfrage nach Facharbeitern.

Im Holz- und Schlossereigewerbe zeigten sich gleichfalls Ansätze zur Besserung und es fanden wieder Einstellungen von Arbeitskräften statt. Immerhin ist die Zahl der Erwerbslosen noch erheblich.

Im Nahrungss- und Genussmittelgewerbe waren die Süßwarensabteien voll beschäftigt. Für Bäcker und Konditoren war jedoch die Lage unverändert. Nach Fleischern war Nachfrage. Im allgemeinen brachte aber die Aufhebung der Zwangswirtschaft noch keine Besserung, in Leipzig muhten aus diesem Grunde sogar Geschäfte entlassen werden. In der Zigarettenindustrie wurden Arbeitskräfte neu eingestellt.

Im Bekleidungsgewerbe ist der Beschäftigungsgrad erheblich besser geworden. Im Schnellvergewerbe war starke Nachfrage nach tüchtigen Kräften und die Zahl der Erwerbslosen ist wesentlich zurückgegangen. In erstklassigen Damenkleiderinnen war Mangel. In der Rüschen- und Wäscheindustrie ist zur Zeit guter Geschäftsgang. Die Schuhfabriken sind wieder ausreichend beschäftigt, in den Reparaturgeschäften schlägt es dagegen noch an Arbeit. Im Kürschnergewerbe war die Beschäftigung gut. In den Rauchwarenzurichtereien sind Zurichter schon längere Zeit erwerbslos, dagegen war die Rauchwarenfabrik gut beschäftigt. In der Dresdner Strohhutindustrie hat das Jahresgeschäft eingelebt, so daß weibliche Arbeitskräfte wieder in größerer Zahl eingestellt wurden.

Im Baugewerbe ist in Dresden, wo von der Stadt 40 Millionen zur Unterstützung von Siedlungsbauten bewilligt wurden, eine stärkere Abnahme der Erwerbslosigkeit zu verzeichnen. In anderen Landesteilen herrsche Nachfrage nach Bauarbeitern in der Regel nur für Siedlungsbauten. Beim Innenausbau fanden Glaser, Maler und Töpfer vorübergehend Beschäftigung. Sont boten für diese Gewerbe ebenso wie für die Dachdecker nur Reparaturarbeiten geringe Arbeitsgelegenheit.

Im Verlagsätzungsgewerbe hat sich die Nachfrage nach Buch- und Steindeckern im allgemeinen erhöht, auch weibliche Arbeitskräfte wurden in größerer Zahl gesucht. In Leipzig nahm jedoch gleichzeitig die Zahl der arbeitsuchenden Buchdrucker zu, so daß im ganzen die Lage nur wenig verbessert ist.

Im Handelsgewerbe hat die Zahl der Stellensuchenden infolge der Auflösung der Abwicklungsstellen der Herrenzusammenommen. Auch durch Betriebs einschränkungen hat sich die Stellensuchrate vermehrt. Die Nachfrage nach männlichen Angestellten war gering. Die Zahl der weiblichen Stellensuchenden ist zurückgegangen. Verkäuferinnen, Lagerstirnen und Kassiererinnen wurden wenige verlangt. Der Mangel an Stenotypistinnen besteht fort.

Im Gastgewerbe wurden nur Wirtsstädte verlangt. Feste Stellen werden wenig gemeldet. Wegen der Preissteigerungsbeschränkungen ist den Helfern die Arbeitsaufnahme an andern Orten erschwert. An Herd- und Küchenmädchen war Mangel.

An weiblichem Haushaltspersonal war die Nachfrage geringer als im Vorjahr. Das Knechtobt blieb jedoch immer noch hinter der Nachfrage zurück. In Dresden melden sich jetzt mehr Mütter ohne Anspruch auf Unterstützung die leichter zu vermitteln sind. Um dem Mangel an Haushaltspersonal abzuholzen, sind in Leipzig wieder hauswirtschaftliche Kurse für Erwerbstätige eingereichtet worden.

Macht sich im armen auch eine erhebliche Besserung der Arbeitsmarktlage bemerkbar, so sind die westlichen Flüsse eine dauernde Wirtschaftskrise der Industrie doch noch sehr unsicher.

Die Besserung der Lage, die der Bericht im Infanteriehervorhebt, dürfte lediglich der durch die Nähe des Reichsmarschalls herverursachten Konjunktur zu danken und deshalb nur vorübergehend sein. Das steht schon darum heraus, daß von dieser „Besserung“ in der Metallindustrie nichts zu hören ist. Im übrigen wird ja durch die Stillstand und den Abschluß von Betrieben die Zunahme der Arbeitslosigkeit weiter gefördert. Mit dem Übergang der kurzen Konjunkturverlade dürfte deshalb auch eine weitere Verstärkung eintreten.

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitsgemeinschaft und ADGB.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beschäftigte sich in seiner letzten Bundesausstellung u. a. mit einem Antrag aus den Arbeitsgemeinschaften auszutreten. Als „Arbeitsgemeinschaft“ im Herbst 1918 ins Leben gerufen, sind die Arbeitsgemeinschaften vom Tage ihres Entstehens an zum heftigen Streitgegenstand in der Arbeiterbewegung geworden. „Wir haben die Arbeit mein schaft stets auf das schärfste belämpft. Sie müssen fallen.“ Es

ist eine Utopie, anzunehmen, daß in einer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitern und Unternehmern gemeinsame Interessen in diesem Falle speziell auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Gebiete gedacht wahrgenommen werden könnten. Es gibt keine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Beide stehen sich im schroffsten Gegensatz gegenüber. Klasse gegen Klasse. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben das erneut gelehrt. Auch im „neuen Deutschland“ ist keine Abschwächung der Klassengegensätze eingetreten. Im Gegenteil. Je mehr das Proletariat zum entscheidenden Ringen antritt, um die Verwickeltheit seines Tales – des Sozialismus! – in Angriff zu nehmen, um so mehr müssen sich die Klassengegensätze verschärfen. Die Arbeitsgemeinschaften bilden wahrlich alles andre, nur kein Ruhmeshall in der deutschen Arbeiterbewegung. Das beginnen auch die „Väter“ und Kinder der Arbeitsgemeinschaften einzusehen. Niemand wagt es mehr, diesem Bild ein besonderes Lob zu spenden. Charakteristisch dafür waren auch die Verhandlungen im Ausschuß des ADGB. Zwar wurde der Antrag unserer Genossen, aus den Arbeitsgemeinschaften auszutreten, abgelehnt. Dem Antrage zuzustimmen, dazu vermochte sich die Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter noch nicht aufzuschwingen. Doch wie sieht die vom Bundesausschuß angenommene Entwicklung aus? Sie lautet:

„Die Gewerkschaften sind der Arbeitsgemeinschaft beigetreten, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen. In diesem Sinne ist die Arbeitsgemeinschaft ein brauchbares Mittel im Kampfe um die Erweiterung der wirtschaftlichen Macht und die Sozialisierung der Wirtschaft. Ihre Bedeutung ist jedoch zeitlich begrenzt und wird erlöschen, wenn mit der fortstretenden Organisation der Gemeinwirtschaft andere verfassungsrechtliche und gesetzlich fundierte Organe geschaffen werden, mit denen die Arbeiterchaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird. Der Bundesausschuß hält zur Zeit die Arbeitsgemeinschaft noch nicht für überflüssig, glaubt aber, daß diese Frage erneut geprüft werden muß, wenn die Organisation der Bezirkswirtschaftsräte durchgeführt worden ist.“

Kein Wort nicht von einem „allseitigen, einträchtigen Zusammenarbeiten“, sondern lediglich der durch die Arbeitsgemeinschaften zu erlangende Einblick in das Wirtschaftsleben wird in den Vordergrund gestellt. Die angenommene Resolution, die heute noch an den Arbeitsgemeinschaften festhält, spricht jedoch gleichzeitig von deren zeitlicher Begrenzung und ihrem Ende (siehe die zu erwartenden Bezirkswirtschaftsräte), und hebt hervor, daß die Frage der Arbeitsgemeinschaften in absehbarer Zeit erneut geprüft werden muß.

Niemand wird die Notwendigkeit bestreiten, daß die Gewerkschaften und deren Vertreter tiefere Kenntnisse vom Wirtschaftsleben erlangen müssen. Gerade wir haben das Stets hervor. Doch um diese Kenntnisse zu erlangen, braucht es keiner Arbeitsgemeinschaften – abgesehen davon, daß die Unternehmer gar nicht daran denken, freiwillig die Arbeitervertreter mehr in ihre Karten schauen zu lassen, als ihnen gut dünkt. Da müssen schon die Gewerkschaften durch zähe Arbeit und eigene Einrichtungen für eine weitgehende Durchbildung ihrer Mitglieder in Wirtschaftsfragen Sorge tragen.

Die Augen sind im Rollen. Dem jähren unermüdlichen Kampf unserer Genossen, die in den Gewerkschaften aktiv tätig sind und unbekümmt um das Geschrei und Geschimpfe von kommunistischer und neu-kommunistischer Seite ihre soziale Aufführungskraft und revolutionären Grundsätze weiter vertreten wird es gelingen, auch den Arbeitsgemeinschaften das Todesglöcklein zu läuten.

Beachtung verdient das Abstimmungsergebnis über den Antrag auf Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften. Der Antrag auf Austritt wurde mit 24 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten sieben Gewerkschaftsvertreter, dazu kommen zwei weitere die bei der Abstimmung nicht mehr zugegen sein konnten, ihre Stellung jedoch vorher niedergelegt hatten. Diese neuen Vertreter stellen die Metallarbeiter, die Schuhmacher, Tegelarbeiter, Buchbinden, Brauer- und Mühlenarbeiter, Eisenbahner, Kupferschmiede, Fleischer und Kürschner. Die Vertreter zweier weiterer Organisationen (Bauarbeiter und Schlosszimmerer), die durch Beschlüsse ihrer Verbandsstage bereits aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetreten sind, enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme. Die Mitgliederzahl dieser gesamten 11 Gewerkschaftsorganisationen betrug am Jahresende 1919 zusammen 3 088 193 Mitglieder, bei insgesamt 7 338 132 Mitgliedern, die der ADGB zum gleichen Zeitpunkte zählte. Es ist ferner von wesentlicher Bedeutung, daß vor wenigen Tagen auch eine Vertägungskonferenz aller der Ufa (Angestelltenverbände) angehörenden Organisationen beschloß, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten und sich diesbezüglich mit dem ADGB ins Benehmen zu setzen.

Die Entwicklung innerhalb der Gewerkschaften im Sinne unserer Auffassungen ist unverkennbar. Wir wollen weiter vorwärts. Das Geschlecht allerdings nicht durch das hysterische Gelehrte der verschiedenen kommunistischen Schallertungen über die „gelben“ Gewerkschaften, die „Stinkgenossen“ usw., nicht durch die Sprengung der Gewerkschaften u. a., sondern durch eine grundständliche, soziale Arbeit, wie sie von unseren Genossen in den Gewerkschaften mit Erfolg geleistet wurde und weiter geleistet werden muß.

Arbeitspläden und Arbeitslose.

Die Banken-Paläste, und nicht nur diese, sondern fast alle Bankgeschäfte bis herunter zu den kleinen, erstrahlen abendlings bis spät in die Nacht hinein im hellsten Lichterglanze. Dort lebt man sich nicht um den Achtstundentag. Die Erneuerungskraft der Revolution wird von den Bankherrn mit einer Handbewegung übertragen. Für sie gilt weit mehr, als sich an dieses soziale Gesetz zu binden. Ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeitenden, ohne Rücksicht auf jedes Menschenrecht werden in den Banken die Angestellten ausgebeutet wie wohl in keinem andern Berufszweig. Durch ihr selbstherstellerisches, rücksichtloses Auftreten haben es die Bankherren noch immer verstanden, ihre Angestellten in Ketten zu schlagen. Willig und unverdrossen lassen nun diese Bankarbeiter sich ziehen, vielen Monaten täglich 4, 5, und 6 Überstunden. Die Arbeitszeit ist nicht selten 12, sondern 14 bis 16 Stunden an einem Tage. Wie ein Märchen aus vergangener Zeit muten diese Zustände an, unglaublich erscheinen sie dem Fernstehenden.

Nur Arbeit, Arbeit kann das Vaterland vor dem wirtschaftlichen Ruin retten. Diese Worte haben es scheinbar den Bankbeamten und Beamten angetan. Keiner denkt: „Es denn wirklich so, wird denn durch eure Arbeit das Vaterland vor dem Zusammenbruch bewahrt oder hilft ihr nicht bloß die an sich schon überwölfen Kassen und Geldschranken eurer Unternehmen?“ Ob den euch Anstellten in den Banken noch zu helfen sein wird? Nichts kann diese Bankherren mehr erreichen. Nicht das bitten der Frau, die den Mann nur gehen und kaum noch kommen sieht, nicht das bitten des Kindes, einmal wieder fröhlich heimzukommen. Abgekämpft für all das, was man doch schließlich auch unter Menschen versteht, lebt der Bankbeamte dahin. Er hat nur noch Sinn für die Arbeit, für den Mehrwert der geschafften wird durch die Überstunden. So lebt der Bankbeamte. Er ist eine geworden im Denken und Tun mit den Bankbeamten. Gedanken die ab und zu mal kommen und die sich beschäftigen mit Dingen außerhalb seiner Arbeitsstätte. „... lassen ihn zusammenfahren. Er glaubt sich dabei erlaubt, etwas zu tun zu haben, was einer Auslehung gegen seinen Unterparrer gleichkommt. Und das wäre ja Sünde, vielleicht Verbrechen. Der Bankangestellte von heute er hindert fast nur noch im Unterbewußtsein. Eigentheit und Unterwürfigkeit sind Eigenschaften. den Bankbeamten immer mehr zum Spielball seiner Ausbeuter werden lassen.“ Und die hören Pariser?

Sie lachen, lachen ob dieser eifigen, arbeitsfreudigen Beamten und Beamteninnen ob der unermüdlichen Gewinne. Die Kassen sind überwohl und die dienen dienen Räume o. i. Geldschranken strecken sie, o. i. solche erfüllt. Was fört die Bankherren die Erinnerung und der Ablauf der zur menschlich Mozhins herabgedrückten Angestellten? Ihr Herz ist schon lange Stein, jeden Gedanken nur herrisch brechend, harschen.

Doch nein, so ist es nicht. Die Überstunden, sie werden ja bezahlt. 150 Mk. 3 Mk. 4 Mk und seit 1. August d. J. 5 Mk. pro Überstunde das ist doch allerhand Geld! – Die Gesundheit friest sie, doch sie kann nicht bei diesen Arbeitsmärschen. Die Bankbeamte für sie ist den Unternehmern Angestellten durch möglichst viele Überstunden. Schaut man doch dabei ameltelegen mit einer Stunde und das große Geld wird ja mehr durch den Preis der Nebenkosten Nebenkosten Geldstrafe! Da ist von unserer Partei nichts! Sorgte mir leichtens ein Bankkult. Wir haben jetzt ein Sanitätszoll in der Stadt. Täglich werden 8–10 dieser menschlichen Maschinen dort repariert und wieder in Gang gebracht.

Die Verhöldungsnotizie tut Wunder! Und die Behörden? Sie leben in, wir der achtfündige Arbeitstag um ein Vielles überschritten wird. Kein Organ fehlt den Achtstundentag, er steht ja auf dem Papier, und das genügt. Arbeitslose, müssen euch diese Aufstände in den Banken nicht zu denken geben? Ihr, die ihr Woche um Woche Umsatz in Form der Unterstützung erwartet, die euch kaum vor dem Verhöldern schützen? Und ihr Beamte und Beamteninnen in den Banken, denkt ihr bei eurer Mehrarbeit über den Achtstundentag hinzu nicht dieser Verlust der Armut, denkt ihr nicht an die, die gern arbeiten möchten und nicht arbeiten können, weil es anfanglich keine Arbeit gibt? Denkt ihr nicht daran, daß ihr in Zukunft baldig seid, wenn alle die Arbeitslosen weiter hungern und frieren?

Ihr Werkstätten und Arbeitserinnerungen in den Banken, macht endlich die Ketten eurer Bankherren von euch! carpe diem! Werdet freilich!

Zentralverband der Angestellten und Angestelltenrat des Räderischen Betriebe.

In einer am Freitag im Volkshaus abgehaltenen, vom Zentralverband der Angestellten einberufenen Betriebsversammlung der Räderischen Angestellten wurde nach stürmischen Auseinandersetzungen nachstehende Resolution angenommen:

„Die heute im überfüllten Volkshausraum tagende große Betriebsversammlung der Angestellten beim Rat zu Leipzig bestätigt hiermit ausdrücklich die auf die Resolution vom 15. d. M. und fordert unverzüglich den Rücktritt des gesamten Angestelltenrates, insbesondere der Herren Heinig, Möbius, Kubert; die gesamte Angestelltenchaft spreche dem Angestelltenrat hiermit ihr größtes Misstrauen aus und erkenne ihn nicht mehr als ihre Vertretung an.“

Wir fordern alle Gewerkschaften auf, sofort bei ihrer Organisation gegen ihre Kündigung Einspruch einzulegen. Der Zentralverband der Angestellten ist bereit, für diese Kollegen jederzeit einzutreten und ihre Rechte vor den Behörden selbst wahrzunehmen.“

Da in nächster Zeit die zentralen Gewerkschaftsinstanzen sich mit den Differenzen zwischen Zentralverband der Angestellten und Angestelltenrat beschäftigen werden, sehen wir von weiteren Veröffentlichungen vorläufig ab.

In der Privatlagessache der Gewerkschaftssekretäre a) Heinrich Marx und b) Paul Pawlowitsch in Dresden, Privatläger, gegen den Redakteur Heinrich Kleiner in Leipzig, Angeklagten, wegen öffentlicher Beleidigung hat das Schöffengericht zu Dresden in der Sitzung vom 22. Oktober 1920, pp. pp. für Recht erkannt:

Der Angeklagte Heinrich Kleiner wird wegen öffentlicher Beleidigung zu zweihundert Mark Geldstrafe, im Vergnügungshause zu zwanzig Tagen Gefängnis verurteilt.

Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen und den Privatlägern die erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten.

Gerichtsfall.

Filmzensur und Rechtsprechung. Zum Landgericht Böhm ist am 6. Februar der Kaufmann und Kinobesitzer Heinrich Kortz wegen Ausstellung unzulässiger Abbildungen nach § 184 StGB zu einer Woche Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden; außerdem wurde auf Einziehung des Films „Im Paradies“ der Dirne erkannt. Der Angeklagte hatte den fraglichen Film gemietet und in seiner Lichtspielhalle aufführen lassen. Das Gericht hat festgestellt, daß der Film als unzulässig angesehen ist. Der Angeklagte will den Film nicht für unzulässig gehalten haben, da er von der Zensur in Berlin, Stuttgart und München zugelassen und 100 mal aufgeführt worden sei. Wenn die Zensur, so heißt es im Urteil, lag gewesen ist, so gibt dies dem Angeklagten keinen Freibrief und er wird dadurch von der eigenen Prüfung, ob der Film unzulässig sei, nicht befreit. Der Angeklagte hatte gegen das Urteil Revision eingereicht, die aber vom Reichsgericht verworfen wurde. Dieses erklärte, es habe die Revision zu prüfen, ob die Zensur zu lax gewesen sei; es habe die Revision verworfen, da die Verhöldungen des Angeklagten mit unzureichender Begründung festgestellt sei.

Berichtigung von Heeresrecht. Das Landgericht Eichstätt hat am 14. Mai den Garnisonverwaltungsinsektor Georg Oswald wegen Amtsunterschlagung in zwei Fällen zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war im Frühjahr 1919 als Garnisonverwaltungsinsektor in Eichstätt tätig und kam auf den Gedanken einen Teil des ihm anvertrauten Heeresguts sich anzueignen und in seinem Augen zu verkaufen. Er trat mit den Kaufleuten Huhn und Ruhbaum in Verbindung und traf mit ihnen ein Tokommen, wonach sie für 87 800 Mk. Kleingeldstücke, Decken usw. übernehmen sollten. Als Ruhbaum mit den erworbenen Gegenständen nach einer andern Stadt fahren wollte, wurde das Heeresgut beschlagnahmt und der Angeklagte selbst wurde vorläufig festgenommen. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Kleiner Anzeiger

Sonntagsruhe im Handel erwehrt.

Auf Grunde von § 193a Absatz 2 der Bewerbe-ordnung in der Fassung der Verordnung vom 1. Februar 1920 wird die Erlaubnis erteilt, von im Großhandel gehaltenen, verkaufen und Arbeitern am selben Tag zuverkaufen oder zuverarbeiten, den 12. und 13. Dezember 1920 von 11 Uhr nach-

mittags bis 4 Uhr nachmittags beschäftigt werden. Leipzig, am 27. 11. 1920. Der Rat der Stadt Leipzig. - Gewerbeamt.

Näherrichteverteilung.
Auf die Märkte 15 b und K der allgemeinen Lebensmittelstelle Reihe 250 Gramm Rosin- mahl (2,70 M.).
Marktbeschaffung: Verbraucher bis 10. 11. Klein- handler an den Obmann bis 1. 12.
Lebensmittelabgabe: Zeughausstraße 2, 12, in der öffentlichen Welle. Marktentnahmen durch die Verbraucher bis 14. 12.
Gedenktagessatz Leipzig, am 27. November 1920.

Mehwohnungen für die Grüßjahrsmesse

(6.-12. März 1921)
gute Belebwohnungen - Breitensäume
(Nördl. Mehrzentrum)
sucht der Wohnungsnachweis des Mehmits,
Rathausstraße 1.
Anmeldeungen 3-7. Sonnabend 8-9.

Manz- und Kleineinfamilie ist ausgeschlossen
in den Grundstücken Wilscheidestraße 47, Römer- straße 49 und Engelmannstraße 18. - Engel- mannstraße 18 ist keine Größe.

Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesstraford- gesetze vom 7. Dezember 1911 zum Viehbedeu- nung und § 81 der östlichen Ausstellungsvorord- nung vom 7. April 1912 werden die Grundstücke als Spezialbezirk und der 9., 16. und 25. Polizeibezirk als Beobachtungsgebiet bestimmt. Gel. W. I. Leipzig, am 27. 11. 20. Der Rat der Stadt Leipzig.

Sparkasse Thekla (Rathaus).
Sitz: Berlin: 3½ Frs. - Kontrollmarken. *
Sitz: Berlin: 4-5. Sonnabend 8-9 Uhr.

Arbeiterfrauen! Beruft Euch bei Euren Ginfäufen auf die Leipziger Volkszeitung!

Kleiner Anzeiger

Zur die Leipziger Volkszeitung

werden gesucht

ein politischer Redakteur mit guter volkswirtschaftlicher Bildung, der vorwiegend volkswirtschaftliche Fragen zu behandeln hat, und

ein Feuilleton-Redakteur. Eintritt möglichst sofort. — Angebote sind zu senden an die Redaktion der Leipziger Volkszeitung.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Für unsere Schreibmaschinen-Abteilung suchen wir zum sofortigen Eintritt einige

lückige

Feinmechaniker.

Bewerber, die eine längere Tätigkeit durch gute Zeugnisse nachweisen können, sollen sich unter Vorlage derselben und eines kurzen Lebenslaufes lästiglich oder verdeckt bei unserer Arbeitsernahme melden. Für einige erforderliche Kräfte steht Werkwohnung zur sofortigen Verfügung.

Rheinische Metallwaren- und Maschinen-Fabrik
Abteilung Sömmerda.

Metalldrucker

auf kleine Aluminiumpfostenartikel verlost gef. Leipziger Blech- und Metallwarenfabrik

Josef Westermann
2. Lind., Merseburg, Str. 122.

Saubere, ehrliche Auf-
arbeitung ab 10-11 Uhr gef. Dr. Simon, Bonn, Str. 160.

Berküche

KOWNOER-
Schuhstabat 50 g nur M. 1,50
Herberstr. 40 u. Ecke Str. 11.

Wohnung! u. Wiederherstellung
billigster Angebote in Witten, Hohenstein und Hofenstein.

L. D. Groß, Veins, Herstr. 14.

Kinderstiefel in 50,- von 10-12

Schuhwaren zu einem preis
zu Fabrikpreisen

Monopol Piespitz
Alte Str. 12

Militärstiefel-Uster
neu, in Sporthorn

of. Rd. Brömmannstr. 12, 2d.

2d. am Markt, Henrichstr. 1.

Brandis, Kaufm. E. Enge

Militär-Mantel, neu, Ansatz

aus Militärstoff, guterhalt.

Uster, Gehrock, Ansatz ver-

taut Mantel, Hosen, p. r.

H. Uster, d. d. Militärstr.,

Str. 42. D. Sch. 40. Schulstr.,

Bücher, Spiell. Davidstr. 2, 1.

Warenhaus, Ans. Grammo-

phon in Bl. v. Ewaldstr. 17, 1.

Sport-Uster, 390,- neu,

neu, mod. Jacke, Ansatz, br. u. bl.

el. Cutan, m. gr. 100, 475,-

gebr. Hose, Burgstr. 13, II, 1.

Ansatz 175 u. 300,- Uster,

2 gute gestreifte Hosen 125 u.

180,- D. Denningerstr. 72, II, 1.

Jackett - Ansatz

in blau, neu, billig, 50,-

of. Rd. Brömmannstr. 12, 2d.

2d. am Markt, Henrichstr. 1.

Brandis, Kaufm. E. Enge

Gutawaro, eleg. in gestreift.

Hose 375,- Uster, 2 Ansatz,

Brand, Gehrockanzug, alles

leicht billig, lange Str. 10, 1.

Tuch, Jacke, Ansatz, br. bl. Cuta-

n, m. gr. 100, 475,-

Peterstr. 28, Ausf. III, 1.

Wittels, Borgstr. 12, am

Stettinerplatz, ver-

g. Ans. D. S. Wiede, Schuhe

u. eleg. Herrenstoffs, g. u. vrou.

Redakteur-Gesuch.

Für den lokalen, provinzialen und kommunal-politischen Teil der Leipziger Volkszeitung wird ein Redakteur

gesucht, der auch Gerichts- und Versammlungsberichterstattung mit übernimmt. Kommunalpolitische Kenntnisse sind erwünscht.

Eintritt möglichst sofort. Angebote sind zu senden an die Redaktion der Leipziger Volkszeitung.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

D. u. D. Rab. M. Rennert, Weidmannstr. 2, Trommer, Kappenberg, Hodoleg, 11. gef. Off. u. F. 2. Fried. d. W. zw. Kappenbergweg 11, Voßhauer, Neustadt, Hodoleg, 4, IV.

Spiralbohrer, neu, laut
Gothans, Al. Odermannstr. 2.

Alt-Metalle

:: Lampen ::

Zeilungen // Mösch

u. laut

Dammenhäuse

8. Voltm. Al. Kirchstr. 8.

Sie bitte auf die Nr. 8.

Bei Wittles verkaufen

Sie noch gut

Reichsare, Wilsdorf und

die Art von allen, Kanin.

Schaf, Siege, auch Schafwolle

Vorhangstr. 12, a. Fleischmarkt.

Felle

kauft nach wie vor

Rosenzweig

Biela Fleisbergasse 16.

Zelle :: Schafwolle

Kauf von Händlern und
Verkäufern jedes Quantum

Rosner, Felddörfer, 24

im Hof, Telefon 15307.

Achtung!

Als neue Herrn. D. Damens-
hosen, Wäsche, Möbel, Schuhe

Woll-, Gold- und Silber-

Teppiche, Gardinen, Bett-
zähne, sowie a. Wirtsch.

taut lediglich

J. Wittles, Vorhangstr. 12

o. Tel. 18150

Kaufe durch Herren-
Garderobe

Militär-Sachen, Wäsche.

Schuhe, Stiefeln,

Damen-Garderobe

Leihhauschein

Wadewitz Tel. 15475

Windmühlenstraße 38, 1.

Achtung!

Als neue Herrn. D. Damens-
hosen, Wäsche, Möbel, Schuhe

Woll-, Gold- und Silber-

Teppiche, Gardinen, Bett-
zähne, sowie a. Wirtsch.

taut lediglich

J. Wittles, Vorhangstr. 12

o. Tel. 18150

Kaufe Herren-Garderobe

Möbel, Wölfe, Bett-,

Leinen, Bettwäsche, Gold-
u. Silberw., low, a. Nachtlie.

taut lediglich

W. Ullrich, Str. 11

Gegen Würmer

hat sich Wurmkeind als

Roblatmittel für zw. und

Kinder vorzüglich bewährt.

Auf mit König Salomo-

Apotheke, Leipzig.

Kammeräger Wagner

wohnt Schmidstr. 11 G. 1.

Erholungen

Unterlung, Straßenbahnen

Schlossallee in der Nähe Bl.

Leubn. h. neit. Leut. C. 11.

Leipziger, Banerstr. 42, II.

alte Sofas, Matz, gekürt.

Körnerstr. 18, 9. o. Wett.

Wohnungsaus

In Lindenau: 2 apell. 2 gef.

Kümmel, Küche, Keller, Gas

of. a. kleine Wohn., Stube,

Kümmel, Küche in Lindenau,

Off., mit P. H., Wettstein,

Lindenau, Obermannstr. 1.

Telephonisch

fürsten Ziffern nur in ganz

aufgewandelt bringen.

Dienstage abgenommen werden.

für die richtige Wieder, ob

telephonisch aufzugeben.